

Protokoll Einwohnerrat Wohlen

24. Sitzung vom 26. April 2021 von 19:00 bis 21:50 Uhr im Casino Wohlen

Vorsitz Meinrad Meyer, Präsident

Protokollführung Michelle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz **Einwohnerrat 19:00 – 21:52 Uhr**
Mitglieder des Einwohnerrats: 39
Absolutes Mehr: 20
Zweidrittelsmehr: 26

Gemeinderat

Arsène Perroud, Gemeindeammann
Roland Vogt, Vizeammann
Paul Huwiler, Gemeinderat
Thomas Burkard, Gemeinderat
Ariane Gregor, Gemeinderätin

Weitere Anwesende

Christoph Weibel, Gemeindeschreiber
Jessica Wüest, Kanzlei
Sarah Donat, Kanzlei
Samantha Cipolla, Projektleiterin Hochbau
Stefan Leuenberger, Bereichsleiter Planung, Bau und Umwelt
Gerold Brunner, Leiter Regionales Betreibungsamt
Nicole Brunner, Stv. Leiter Regionales Betreibungsamt

Entschuldigungen Mergim Gutaj, SP

TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 14114 Verpflichtungskredit für die Projektierung Sanierung 3-fach-Turnhalle Junkholz
3. Bericht und Antrag 14116 Realisierung Umbaumaßnahmen im Gemeindehaus – Verpflichtungskredit
4. Bericht und Antrag 14117 Vergütungsreglement für politisch gewählte Personen – Legislatur 2022-2025

Meyer Meinrad, Präsident: Bittet die Anwesenden sich aufgrund des Todesfalls von Theo Aebersold, Alt-Einwohnerratspräsident, für die Schweigeminute sich zu erheben.

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 22. März 2021 zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 14116 Realisierung Umbaumaassnahmen im Gemeindehaus – Verpflichtungskredit
- Bericht und Antrag 14117 Vergütungsreglement für politisch gewählte Personen – Legislaturperiode 2022-2025
- Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2020 (14118)
- Einladung zur 24. Sitzung des Einwohnerrates vom 26. April 2021

Fraktionserklärung

Dietrich-Meyer Stefanie, Die Mitte: Die CVP Wohlen heisst neu Die Mitte Wohlen. Die CVP Schweiz und die CVP Aargau haben im November 2020, bzw. im Januar 2021 eine Änderung der Parteinamen beschlossen. Fortan lauten die Parteibezeichnungen Die Mitte Schweiz, respektive die Mitte Aargau. Über den Nachvollzug dieser Namensänderung wurde auf lokaler Ebene bis am 7. April 2021 eine Urabstimmung durchgeführt. Die Parteimitglieder der CVP Wohlen haben der Namensänderung mit rund 94% zugestimmt. Seit dem 10. April 2021 heisst die CVP Wohlen neu Die Mitte Wohlen. Mit der Namensänderung bietet Die Mitte Wohlen in unserer Gemeinde eine politische Heimat für alle, welche keine Blockadepolitik wollen, sondern Lösungen, kein Geschrei und Streit, sondern konstruktives Gespräch. Die vormalige CVP Wohlen verändert mit dem Namenswechsel weder ihr Programm noch ihre Werte und auch nicht die Positionen, sondern verankert diese im neuen Parteinamen. Extreme sind in Der Mitte Wohlen fremd und passen nicht zum politischen Erfolgsmodell der Schweiz, zum weltweit einmaligen Konkordanzsystem mit seinem starken Zentrum. Es braucht die Kraft des Zusammenhaltes, dieser Zusammenhalt liegt in Der Mitte. Wir danken den Fraktionen im Einwohnerrat, den Parteien sowie allen Behörden und Verwaltungsstellen in Wohlen, wenn sie unsere Partei und Fraktion ab sofort mit dem neuen Namen Die Mitte Wohlen ansprechen.

Bericht und Antrag 14114 Verpflichtungskredit für die Projektierung Sanierung 3-fach Turnhalle Junkholz

Heinrich Daniel, FGPK: Samantha Cipolla und der Gemeinderat Thomas Burkard konnten die Fragen der FGPK sehr umfassend und informativ beantworten. Für die FGPK ist es klar, dass die 3-fach-Turnhalle saniert werden muss. Damit diese Sanierung auch in die Wege geleitet werden kann, ist es wichtig, dass ein Verpflichtungskredit gesprochen wird. Die FGPK stimmt dem Bericht und Antrag 14114 einstimmig zu. Auch der Abschreibung der Motion 14025 stimmt die FGPK einstimmig zu.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Ich danke dem Sprecher der FGPK, Daniel Heinrich, für seine Worte. Sie sind ganz klar ausgefallen, die FGPK nimmt beide Anträge einstimmig an. Eine grosszyklische Erneuerung der 3-fach-Turnhalle Junkholz ist dringend nötig. Gemäss Zustandsanalyse macht es Sinn, nicht nur die Fassade, bzw. die Gebäudehülle, zu sanieren, sondern das Gebäude grosszyklisch zu erneuern. Das mag viele nicht erstaunen, da es nach fast 50 Jahren intensiver Nutzung fällig ist. Das Wissen, um den Zustand der Turnhalle ist schon längst bekannt. Man sieht bereits mit blossen Auge, dass die Aussenhülle in einem schlechten Zustand ist. Wenn man genauer hinsieht merkt man, dass an verschiedenen Ecken und Enden, zum Beispiel beim Dach oder im Keller, Handlungsbedarf besteht. Es ist unbestritten, dass das Gebäude energietechnisch nicht mehr gut ist. Wenn man die Turnhalle Junkholz jetzt nicht saniert, werden die Schäden immer grösser. Nun ist der Zeitpunkt gekommen, die Instandstellung dieses Gebäudes in Angriff zu nehmen. Ich möchte auch in Erinnerung rufen, dass es sich hierbei um einen Projektierungskredit handelt, nicht mehr und nicht weniger. Was heisst das für uns? Es wird uns mit diesem Projektierungskredit ermöglicht, Abklärungen zu treffen, um herauszufinden, was alles saniert werden muss und was beibehalten werden kann. Dafür dient der Projektierungskredit über CHF 410'000.

Schätzungen zufolge, welche auch seit zwei bis drei Jahren im Finanzplan aufgeführt wird, wird die Sanierung etwa CHF 4.4 Mio. kosten. Ich muss ganz klar festhalten, dass dies nur eine Kostenschätzung darstellt. Der Projektierungskredit soll Klarheit schaffen und aufzeigen, wie hoch dieser Betrag ausfallen wird. Ich bitte Sie den vorliegenden Projektierungskredit zu genehmigen. Ebenfalls ist es für den Gemeinderat sehr wichtig, dass sie auch der Abschreibung der Motion 14025 in jedem Fall zustimmen, ob sie diesem Projektierungskredit nun zustimmen oder nicht. Da diese Motion dann auch keinen Sinn macht. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen also auch, diese Motion abzuschreiben.

Fraktionsmeinungen

Meyer Hans Rudolf, Dorfteil Anglikon/FDP: Zuerst habe ich ein Verständigungsproblem. Gemäss Bericht und Antrag 14114 reichten die genannten Mitglieder der Liegenschaftskommission am 10. September 2018 diese Motion ein. Bereits einen Monat früher, nämlich an der Einwohnerratssitzung vom 10. August 2018 wurde die Motion überwiesen und vom Gemeinderat entgegengenommen. Das müsste mir einmal erklärt werden. Ich hoffe nur, dass bei der Projektierung und später bei der Sanierung ein bisschen sorgfältiger gearbeitet wird. Die bald 50-jährige 3-fach-Turnhalle Junkholz hat ohne Zweifel schon bessere Zeiten gesehen. Was mich nicht erstaunt, ist dass diese Sanierung schon so lange bekannt ist und bis jetzt nie in Angriff genommen wurde. Es hat sich in Wohlen leider in letzter Zeit die Unsitte eingenistet, wichtige Sanierungen und Investitionen immer wieder hinauszuschieben bis sofortiger Handlungsbedarf besteht. Damit wird der Einwohnerrat vor Tatsachen gestellt und muss wohl oder übel diesen Geschäften zustimmen. Um zu verhindern, dass die Junkholzturnhalle weiter verlottert und im Sumpf versinkt, bleibt der Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon keine Alternative und wird diesem Bericht und Antrag einstimmig zustimmen.

Heinrich Daniel, Die Mitte: Für uns ist dieser Projektierungskredit unumstritten. Wir wollen unsere Schulhäuser und unsere Sportanlagen in gutem Zustand wissen. Es ist wichtig zu wissen, welche Mängel unsere Gebäude haben. Dafür sollen Handwerker, Ingenieure, Architekten und all die anderen Spezialisten einbezogen werden, damit die Kosten gut und transparent aufgelistet werden und wir hier im Rat die richtigen Entscheidungen treffen können. Die Mitte Wohlen stimmt dem Projektierungskredit einstimmig zu.

Matter Schlein Franziska, Grüne: Dass die Turnhalle Junkholz dringend eine Erneuerung benötigt, ist unbestritten. Wir dürfen nicht mehr länger warten. Die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler sowie der weiteren Benutzer dieser Halle muss an erster Stelle stehen. Mit der Projektierung und der kommenden Sanierung dieses Gebäudes, packen wir ein weiteres dringendes Projekt an und verbessern so die Infrastruktur unserer Gemeinde. Wir Grünen stimmen diesem Projektierungskredit zu.

Urech Lüthi Thomas, GLP/EVP: Die 3-fach-Turnhalle Junkholz ist bald 50-jährig und nach Expertenbericht in einem sogenannten befriedigenden Zustand. Doch die Fassade, das Dach und auch die Fenster müssen dringend saniert werden, ebenso die Haustechnik und die Elektroinstallationen. Wir finden es sehr gut, dass die Sanierungsarbeiten etappenweise und vor allem in den Schulferien durchgeführt werden. Des Weiteren stellen wir fest, dass eine Sanierung um ein mehrfaches günstiger ausfallen wird, als ein Neubau. Die Fraktion GLP/EVP stimmt dem Bericht und Antrag 14114, sowie der Abschreibung der Motion 14025 einstimmig zu.

Meier Cyrille, SP: Um schon die Meinung der SP Wohlen vorwegzunehmen – Die Fraktion wird dem Verpflichtungskredit betreffend Projektierung Sanierung der 3-fach-Turnhalle Junkholz einstimmig zustimmen sowie die Abschreibung der Motion 14025 unterstützen.

Der Sanierungsbedarf ist beim fast 50-jährigen Gebäude ersichtlich. Laut der Gebäuediagnose der Unternehmung Meier + Steinauer Partner AG befindet sich das Gebäude in einem befriedigenden Zustand. Anders ausgedrückt: Das Dach stürzt nicht gerade auf die turnenden Schülerinnen und Schüler, man sollte dennoch das Gebäude sanieren, da irgendwann die Sicherheit mittelfristig nachlassen wird und der Energieverbrauch jetzt schon zu hoch ist. Würde man die Sanierung getreu der bürgerlichen Linie in die Zukunft verschieben, bleiben die Betriebskosten weiterhin hoch und eine spätere Sanierung würde den Steuerzahler mehr kosten als jetzt.

Wir erachten die Aufteilung der Sanierung in Etappen als gut, da dadurch hauptsächlich während den Schulferien gearbeitet wird und somit der Sportunterricht möglichst ungestört durchgeführt werden kann. Falls es dennoch zu Verzögerungen kommen würde, könnte man temperaturbedingt auch draussen den Sportunterricht noch durchführen. Durch diese Etappierung bleibt diese Möglichkeit offen.

Dementsprechend stehen wir einstimmig hinter dieser Vorlage.

Nicoll Jonathan, SVP: Die SVP unterstützt grundsätzlich den vorliegenden Bericht und Antrag 14114. Wir sehen durchaus den Bedarf zur Sanierung der 3-fach-Turnhalle, wollen aber festhalten, dass es sich lediglich um die Projektierung handelt. Als wir den Antrag mit der Fraktion besprochen haben, haben wir uns überlegt, was der Punkt mit den unvorhergesehenen Kosten über CHF 50'000 soll und wollen daher, dass man den Antrag um den entsprechenden Betrag reduziert. Bei verschiedenen Anträgen sehen wir immer wieder schleichende Reservebudgetierungen. Wer Erfahrung mit dem Bauwesen hat sieht, dass aufgrund von Ausschreibungen sehr verschiedene Angebote eintreffen. Wir sind auch der Meinung, dass es aufgrund der angespannten finanziellen Lage der Gemeinde Wohlen lohnenswert ist, den Betrag von CHF 50'000 für Unvorhergesehenes nicht schon von Beginn an aufzuführen ist, sondern den Verpflichtungskredit auf CHF 360'000 zu reduzieren. Wir sind zudem davon überzeugt, dass die Gemeinde auch jemanden findet, der die Arbeiten für CHF 360'000 ausführt, wenn man diesen Betrag als Gesamtbudget festlegt. Wir finden, es ist einen Versuch wert. Im Grundsatz unterstützen wir den Bedarf, aber nicht in dieser Höhe. Ich stelle hiermit einen Kürzungsantrag zum Bericht und Antrag 14114 um CHF 50'000 auf einen Maximalbetrag von CHF 360'000 pauschal.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Der Gemeinderat kann mit diesem Kürzungsantrag um CHF 50'000 nicht viel anfangen und lehnt das entschieden ab. Es macht auch gar keinen Sinn, denn wir werden bei diesem Projektierungskredit nur so viel Geld ausgeben, wie wir effektiv brauchen. Alles andere würde verfallen. Wir brauchen aber einen Betrag für Unvorhergesehenes in diesem Projektierungskredit. Bei solchen Projekten braucht man eine Reserve. Es macht keinen Sinn, diese schon im Vorhinein zu streichen. In diesem Sinne bitte ich Sie, diesem Antrag nicht statt zu geben.

Lütolf Harry, Die Mitte: Natürlich wäre es sinnvoll, wenn man solche Anträge den anderen Fraktionen bereits vor der Sitzung zugänglich macht, wie wir es jeweils ebenfalls pflegen, denn das macht es einfacher sich zu entscheiden, als wenn man hier mit diesem Anliegen überrascht wird. Ich spreche jetzt nicht für meine Fraktion, sondern nur für mich. Sie können sich erinnern, als es um den Baukredit für das Schulhaus Halde ging, hat die CVP ebenfalls beantragt die Reserven zu streichen, da wir die $\pm 10\%$ für ausreichend erachteten, welche bei diesen Krediten jeweils üblicherweise enthalten sind. Die SVP hat damals, zusammen mit den anderen Fraktionen, unser Anliegen abgelehnt. Ich persönlich bin aber nicht nachtragend. Ich

habe nach wie vor die gleiche Haltung wie damals beim Baukredit für das Schulhaus Halde, dass es diese Reserve nicht braucht, weshalb ich nun gewisse Sympathie für diesen Antrag habe. Es geht genau um dasselbe Thema, ob man hier Reserven einbauen soll oder nicht und dass man diese standartmässig nicht beinhalten müsste. Hinzu kommt noch, dass wir keinen Baukredit vorliegen haben, bei welchen ich eher einsehe, dass noch etwas Unvorhergesehenes auftauchen könnte, wie wenn zum Beispiel eine Bombe aus dem 2. Weltkrieg ausgegraben werden würde, sondern es geht nur um einen Projektierungskredit, wo es etwas anders aussieht als bei einem Baukredit. Lange Rede kurzer Sinn, ich habe Sympathie für diesen Antrag, einfach aus Konsequenz, da wir es beim letzten Mal bereits so gepflegt haben.

Abstimmung

Der Kürzungsantrag der SVP

Der Verpflichtungskredit für die Projektierung Sanierung der 3-fach-Turnhalle Junkholz sei um CHF 50'000 auf CHF 360'000 zu kürzen.

wird mit 20 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen zugestimmt.

Einzelvoten

Heinrich Daniel, Die Mitte: Als erstes möchte ich Gemeinderat Thomas Burkard, welcher sehr viele Projekte begleitet und ausarbeitet und für mich eine sehr gute Arbeit macht, danken. Ich möchte mich auch bei seinem ganzen Team bedanken, dass wir diese Akten heute erhalten und auch in Zukunft mit sehr genauen Unterlagen bedient werden.

Auch ich will, dass die Gemeinde gut erhaltene eigene Liegenschaften besitzt. Für mich ist es eine Wertanlage, aber damit wir wissen, dass wir die Wertanlagen richtig einsetzen können, braucht es zeitweise einen Projektierungsbeitrag. Das ist unumgänglich, damit wir auch wissen, wie schnell eine Sanierung realisiert werden muss. Es ist aber längst nicht immer alles so dringend, wenn der Gemeinderat sagt, es ist nicht mehr gut. Im Bericht und Antrag steht klar und deutlich, dass die Turnhalle in einem befriedigenden Zustand ist aber einige Erneuerungen und Massnahmen für eine einwandfreie Funktionalität erfüllt werden müssen. Es ist notwendig, dass wir die Normen und Richtlinien einhalten können. Es ist auch wichtig und gut, dass man den Energieverbrauch in Frage stellt. Wir haben momentan viele grosse anstehende Projekte aber auch fertige Projekte. Zum Beispiel ist der Schüwo-Park fertig, wir haben jedoch noch keine Abrechnung erhalten. Der Bahnhof sollte diesen Herbst fertig werden. Der Bau der Turnhalle Hofmatten hat erst gerade gestartet und wir wissen noch nicht, wie sich dieses Projekt entfalten wird und was auf uns zukommt. Im Herbst haben wir eine Volksabstimmung über das Halde-Projekt und vielleicht könnten wir dann mit diesem grossen Projekt starten, was wichtig und gut wäre. Das Projekt rund um die Nutzenbachstrasse läuft momentan und wird uns auch noch Arbeit geben. Das Projekt bei der Bahnhofstrasse muss nochmals überarbeitet werden. Der Kindergarten Anglikon wird uns sicher auch noch beschäftigen, weil wir da noch Verträge haben, welche irgendwann auslaufen werden. Diese noch unbekannten Projekte könnten noch für Überraschungen sorgen. Aber das Gesamtkonzept der Gemeinde über sämtliche Liegenschaften steht leider immer noch aus.

Betreffend diesen sogenannten maroden Zuständen an dieser Junkholzturnhalle habe ich mit Handwerkern gesprochen. Ein Handwerker, welcher in den letzten zehn Jahren an dieser Turnhalle arbeiten durfte, hat klar gesagt, dass wir bereits im Jahr 2018 oder 2019 CHF 15'000 investiert und das Dach repariert haben. Das Dach ist dicht. Was ich festhalten möchte, ist, dass wir nicht die vergangenen 30 oder 40 Jahre an verpassten Projekten in den nächsten sieben Jahren aufholen können. Ich frage mich aber auch, ob wir die personellen Ressourcen zur Verfügung haben. Wenn irgendeine wichtige Arbeitskraft aus gesundheitlichen Gründen ausfällt, möchte ich wissen, ob wir dann genügend Mitarbeitende haben, welche diese Projekte vorantreiben können. Ein solcher Ausfall könnte zu enormen Mehrbelastungen der anderen Mitarbeitenden führen und dies wiederum könnte für die Gemeinde unter Umständen sehr teuer werden. Es muss einmal erhoben und festgestellt werden, welche Anlagen wirklich dringend saniert werden müssen. Zudem finde ich es wichtig, dass wir uns im Rat Gedanken dahingehend machen, welche Projekte wir als erstes machen müssen. Ansonsten verschwenden wir schlussendlich viel Geld.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

1. *Genehmigung Verpflichtungskredit für die Projektierung Sanierung der 3-fach-Turnhalle Junkholz im Gesamtbetrag von CHF 360'000.00 (inkl. 7.7% MWST).*

wird einstimmig zugestimmt.

2. *Abschreibung der Motion 14025 betreffend Turnhalle Junkholz.*

wird einstimmig zugestimmt.

Bericht und Antrag 14116 Realisierung Umbaumaassnahmen im Gemeindehaus – Verpflichtungskredit

Pascolin Laura, FGPK: Die FGPK hat sehr lange über die Auslagerung des Regionalen Betriebsamtes und über die Umbaumaassnahmen im Gemeindehaus diskutiert. Vor allem die Dringlichkeit dieses Geschäftes hat die FGPK kritisch hinterfragt, unter anderem weil es nicht im Finanzplan eingestellt ist. Nichts desto trotz wissen wir, dass viele Liegenschaften der Gemeinde Wohlen sanierungsbedürftig sind. Die Raumproblematik im Gemeindehaus ist nichts Neues. Der Einwohnerrat hat zu einem früheren Zeitpunkt die Sanierung vom Gemeinderatszimmer aus dem Budget gestrichen. Die Raumproblematik hat sich in den letzten Jahren immer wieder verschlimmert. Neue Stellen wurden vom Einwohnerrat bewilligt und jetzt braucht man logischerweise auch Platz für die Arbeitskräfte. Es scheint so, dass man jetzt an einem Zeitpunkt angelangt ist, wo der Platzmangel die Effizienz der Verwaltung beeinträchtigt. Über die Jahre hat man immer wieder Sitzungszimmer und Pausenräume in Büroräumlichkeiten umfunktioniert. Mit diesem Umfunktionieren wird aber schliesslich das Gemeindehaus auch nicht grösser. Hier scheint die Auslagerung vom Betriebsamt sehr pragmatisch. Zudem versteht die FGPK, dass die Sozialen Dienste genügend Sitzungszimmer brauchen, damit sensible und persönliche Gespräche nicht im Gang vor der Öffentlichkeit geführt werden müssen.

Natürlich ist auch die Frage um den Bankweg aufgekommen. Wie wir erfahren haben, werden die Besprechungsräume bereits durch diverse Abteilungen genutzt. Eine Gesamtsanierung vom Bankweg wäre im Moment aus finanzieller Sicht und wegen mangelnder personeller Ressourcen nicht zu stemmen. Hinzu kommt noch, dass von einer Vision bis zur Umsetzung einige Jahre vergehen können. Es wäre auch in unserem Sinne, wenn der Bankweg bei einer Gesamtsanierung vom Gemeindehaus in einem Gesamtkonzept mit einbezogen werden könnte. Jetzt – ohne vorhandenes Gesamtkonzept – etwas am Bankweg zu sanieren oder umzubauen, erscheint uns aber keine gute Lösung. Der FGPK ist es auch bewusst, dass die Umbaumaassnahmen das Raumproblem nur entschärft, jedoch nicht löst. Aber es wäre jetzt im Moment eine adäquate Lösung.

Zur Auslagerung vom Regionalen Betriebsamt gibt es noch folgende Punkte zu erwähnen. Erstens könnten mit der Auslagerung fünf weitere Arbeitsplätze und weitere Sitzungszimmer entstehen. Zweitens ist die Migros als Standort für das Betriebsamt zentral gelegen und sicherheitstechnisch zeitgemäss. Zudem beteiligen sich die anderen Vertragsgemeinden an den Mietkosten. Die Personalkosten und der Mietaufwand sind alleine durch Gebühreneinnahmen gedeckt. Dies kann man auf der Seite 118 im Geschäftsbericht nachlesen. Auch hier ist die Frage betreffend der Liegenschaft am Bankweg aufgekommen. Könnte man diese Räumlichkeiten nicht vielleicht für das Betriebsamt gebrauchen? Wie schon erwähnt werden diese Sitzungszimmer bereits von diversen Abteilungen genutzt und die Sanierung wäre mit sehr hohen Kosten verbunden. Die FGPK möchte darauf hinweisen, dass der Raumbedarf mit den erwähnten Massnahmen nur kurz- bis mittelfristig gelöst wird. Uns ist es aber sehr wichtig, dass langfristig alle Abteilungen unter einem Dach sind. Jedoch müssen wir die Raumproblematik jetzt lösen und nicht in erst in zehn Jahren.

Die FGPK hatte ursprünglich die beiden Anträge im Bericht und Antrag einstimmig angenommen. Nach der FGPK-Sitzung wurde die Diskussion jedoch weiter geführt und die Meinung der FGPK änderte sich auf 7 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen. Die Mehrheit der FGPK empfiehlt somit diesem Bericht und Antrag zuzustimmen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Die Auslagerung des Betriebsamtes, respektive die Realisierung der Umbaumaassnahmen, hat hohe Priorität. Wie wir es im Bericht und Antrag dargelegt haben, verfolgt der Gemeinderat klar das Ziel langfristig die Gemeindeverwaltung an einem Standort zusammen zu führen. An einem Standort zusammenführen heisst aber auch, dass bevor man dies umsetzen kann, eine Grundkonzeption, respektive eine umfangreiche Planung notwendig sind. Um diese Planung durchzuführen, haben wir zwei limitierende Faktoren. Wie es die Sprecherin der FGPK bereits erwähnt hat gibt es sowohl den finanziellen, wie auch den personellen Faktor zu berücksichtigen. Wir versuchen unsere Aufwände bei diesen beiden Faktoren so klein wie möglich zu halten, damit wir mit den uns zur Verfügung stehenden

Mitteln gut zurecht kommen. Mit dem vorliegenden Antrag betreffend Auslagerung des Betriebsamtes beabsichtigen wir dahingehend Zeit zu erhalten, um in den kommenden zehn Jahren die Strategie der Zusammenführung der Gemeindeverwaltung an einem Standort verfolgen zu können. Mit der Auslagerung des Betriebsamtes werden im Gemeindehaus die von anderen Abteilungen dringend benötigten Räumlichkeiten frei, sodass die Gemeinde ihre Dienstleistungen weiterhin uneingeschränkt erbringen kann. Die jetzige Situation stellt für den Gemeinderat kein tragbarer Zustand mehr dar. Einige Abteilungen müssen unter den jetzt sehr engen räumlichen Verhältnissen leiden. Es ist nicht zumutbar und fachlich auch nicht in Ordnung, dass hoch sensible Themen auf dem Gemeindehausgang besprochen werden müssen, weil weder ein Sitzungszimmer frei noch ein Gesprächsraum vorhanden ist. Der bestehende Handlungsbedarf wurde nicht erst jetzt aufgezeigt, sondern es wurde in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen. Auch seitens der Verwaltung wurden immer wieder Anträge gestellt, Raum zu schaffen. Aus bekannten Gründen, wurden diese Anträge immer wieder verschoben. Im Investitionsplan des Finanzplans sind die zahlreich anstehenden Sanierungen aufgeführt und unsere finanziellen Möglichkeiten ausgewiesen. Der Handlungsbedarf besteht heute. Ein Gesamtkonzept zu erstellen, wie man es in der Presse lesen oder von einigen Fraktionen hören konnte, gestaltet sich als sehr umfangreich und zeitintensiv. Wir müssen das Problem jedoch heute lösen. Die können wir schaffen, wenn Sie dieser Übergangslösung zustimmen und wir das Betriebsamt für die benötigte temporäre Zeit auslagern können.

Burkard Thomas, Gemeinderat: Vorliegend geht es nicht um einen Wunschbedarf, sondern um viel mehr. In Wohlen haben sich so viele Investitionen aufgestaut, was zu Folge hat, dass sehr vieles höchst dringlich ist. Dies sollte mittlerweile jeder wissen. Nicht nur die Mitglieder des Einwohnerrates, sondern das sollte auch das ganze Dorf wissen. Es ist jetzt Handlungsbedarf angesagt. Mit meiner Abteilung Liegenschaften und Anlagen versuche ich möglichst viele Sachen anzupacken. Natürlich bedeutet dies auch ein gewisses Risiko, falls es zu einem personellen Ausfall kommen würde. Dieses Risiko bin ich jedoch bereit einzugehen. Ich weiss, was für Leute zur Verfügung stehen und kann sagen, dass wir sehr gute Mitarbeitende angestellt haben. Diese Tatsache muss ausgenutzt werden zum Wohle der Gemeinde Wohlen.

Dringender Handlungsbedarf besteht bezüglich dem Raumangebot im Gemeindehaus. In verschiedenen Abteilungen besteht eine Überbelegung. Bei den Sozialen Diensten mangelt es an Besprechungszimmern. Bei der Abteilung Gesellschaft, Kultur und Sport, im Bereich Planung, Bau und Umwelt und auch bei der Regionalpolizei herrscht ein akuter Arbeitsplatzmangel. Das ist nicht übertrieben, sondern eine Tatsache. Sie dürfen gerne einen Augenschein vor Ort nehmen. Es fehlen zudem Sitzungszimmer. Kurz- und Mittelfristig lassen es weder die finanziellen Mittel der Gemeinde noch die personellen Ressourcen der Abteilung Liegenschaften und Anlagen zu, eine umfassende Sanierung der beiden Verwaltungsliegenschaften Gemeindehaus und Bankweg 2 aufzunehmen. Noch vor ein paar Jahren wurden diese beiden Liegenschaften im Finanzplan getrennt aufgeführt. Dies haben wir jedoch geändert und heute sind diese Gebäude zusammen aufgeführt. Der Gemeinderat ist in dieser Thematik zur Einsicht gelangt, dass diese Gebäude als Verwaltungsliegenschaften genutzt werden sollen. An diesem Vorgehen will der Gemeinderat auch in Zukunft festhalten. Der Gemeinderat ist dabei eine Strategie für diese Liegenschaften zu entwickeln. Ich möchte jedoch die Worte des Gemeindeammanns bestätigen. Es handelt sich um einen langfristigen Prozess. Sie können nicht erwarten, dass dies innert weniger Jahre geschieht. Es geht selbstverständlich nicht nur um diese beiden Verwaltungsliegenschaften, sondern eine Liegenschaftsstrategie bezieht alles mit ein. Zum Beispiel was mit der Bleichi passieren wird in Zukunft oder mit den nicht überbauten Arealen – Isler-Areal und Merkur-Areal? Dies zieht weite Kreise und benötigt vertiefte Analysen, welche aufzeigen, welche Schritte die Gemeinde in Zukunft gehen soll. Der Gemeinderat ist gewillt, diesen Weg zu gehen, aber bitte geben Sie uns die notwendige Zeit dafür. Dieses Geschäft ist insgesamt von hoher Wichtigkeit. Der Mietvertrag mit der Migros für die Auslagerung des Betriebsamtes läuft nach zehn Jahren aus und kostet uns jährlich CHF 65'000. Der Standort für das Betriebsamt ist ideal, denn er weist eine sehr gute Erreichbarkeit aus. Die Mietkosten sind von der Gemeinde Wohlen nicht allein zu tragen, sondern werden von unseren jetzigen Partnergemeinden und von solchen, welche dieses Jahr noch dazu kommen, mitfinanziert. Durch die Umbaumaassnahmen sollen die Überbelegung und der Platzmangel im Gemeindehaus behoben werden. Es sollen gute Voraussetzungen geschaffen werden, um einen effizient funktionierenden Verwaltungsbetrieb führen zu können. Ich bitte Sie, beide Anträge zu genehmigen.

Rückweisungsantrag

Dietrich-Meyer Stefanie, Die Mitte: Wir stellen den Antrag auf Rückweisung dieses Geschäftes. Es fehlt uns klar ein Gesamtkonzept, in welchem aufgezeigt wird wie die räumliche Situation der Gemeindeverwaltung, insbesondere im Gemeindehaus, langfristig aussehen wird. Beim vorliegenden Geschäft werden diverse einzelne Umbaumaassnahmen vorgestellt. Wir wollen jedoch kein Geld sprechen für Mittel, um Umbauten ausführen zu lassen, welche in relativ kurzer Zeit doch wieder angepasst werden müssen. In dieser Umbauphase hat für uns der Umzug der Regionalpolizei an die Wilstrasse 1. Priorität. Am 7. Dezember 2020 hat der Einwohnerrat einen Projektierungskredit gesprochen. Wir wünschen uns hier erst einmal den Bericht und Antrag, ehe wir über weitere Umbaumaassnahmen diskutieren. Wir wünschen uns ein Konzept, in welchem die gesamte Gemeindeverwaltung möglichst an einem Standort vereint ist. Für uns stellt dies die beste Lösung dar. Wir haben ja gehört, dass dies auch langfristig angedacht ist. Primär sollte deshalb das Gemeindehaus und die gemeindeeigene Liegenschaft am Bankweg 2 für dieses Vorhaben genutzt werden. Für unsere Fraktion ist es ein Muss, dass mittel- bis langfristig ein Gesamtkonzept von der räumlichen Situation der Verwaltung in gemeindeeigene Liegenschaften realisiert wird. Es ist uns bewusst, dass die Ressourcen in der Verwaltung eingeschränkt sind. Trotzdem möchten wir eine Lösung anstreben, welche langfristig am kostengünstigsten ist. Wir wollen nicht, dass die Verwaltung heute für ihren Bedarf an Büros an fremden Standorten eingemietet wird und so jährlich einen grossen Betrag verloren geht. Klar, erhalten wir von den anderen angegliederten Gemeinden einen Beitrag für die geleistete Arbeit im Betriebsamt, aber der Gesamtbetrag der Miete, fast CHF 700'000, werden jedoch trotzdem verloren gehen. Das gleiche Spiel wie im Kindergarten in Anglikon. Aus diesen Gründen stellen wir den Antrag auf Rückweisung dieses Geschäftes und wünschen uns eine überarbeitete, langfristig und kostengünstige Lösung in den gemeindeeigenen Liegenschaften. Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Fraktionsmeinungen

Büchi Roland, SVP: Auch für die SVP fehlt für den Umbau im Gemeindehaus jegliches Konzept. Der Ausbau beim Gemeindehaus gleicht einer Salamiaktik. Hier ein Sitzungszimmer vergrößern, da eine Wand einziehen usw. und am Ende stellt sich heraus, dass das Gemeindehaus doch zu klein ist und doch noch ein neues gebaut werden muss. Auch dem Umzug ins Migros Gebäude können wir nicht zustimmen. Dafür ist schlichtweg kein Geld vorhanden. Hier soll der Gemeinderat nach einer internen Lösung suchen. Zum Beispiel am Bankweg 2. Hier steht eine ganze Etage leer. Bei einer internen Lösung könnte die Gemeinde sogar noch Geld einnehmen. Dies wäre gerade gut, denn wir haben ja ohnehin ein Einnahmeproblem. Und noch ein Gratistipp lieber Gemeinderat, bevor man Stellen erhöht sollte man schauen, ob überhaupt Platz für die Mitarbeiter vorhanden ist. Die SVP unterstützt die Rückweisung.

Matter Schlein Franziska, Grüne: Dass der Platz im Gemeindehaus knapp ist wurde immer wieder thematisiert. Bis ein Gesamtkonzept auf dem Tisch liegt dauert es zu lange. Wohlen wächst und die Arbeit im Gemeindehaus wird nicht weniger. Das Gemeindehaus wird noch so bald renoviert und saniert. Die Gemeindeverwaltung braucht jetzt Platz. Für den Bankweg 2 mit der Bibliothek braucht es einen grossen Aufwand für eine Sanierung. Diese ist im Moment gar nicht zu bewältigen – weder finanziell noch personell. Wir sind aus den genannten Gründen gegen eine Rückweisung.

Keller Samuel, FDP/Dorfteil Anglikon: Ich möchte einen Rückweisungsantrag auf den Rückweisungsantrag stellen. Mit einem Rückweisungsantrag besteht die Problematik, dass Fakten vorgetragen werden, welche zum jetzigen Zeitpunkt gar nicht zur Diskussion stehen. Wir sind der Meinung, dass wir in den kommenden zehn Jahren CHF 7.2 Mio. sparen können. Sollte der Rückweisungsantrag angenommen werden, kann ich Ihnen leider nicht erklären, weshalb das so sein wird. Wir sind einstimmig gegen den Rückweisungsantrag.

Vukajlovic Milenko, SP: Auch bei der Fraktion der SP Wohlen haben wir lange über den Bericht und Antrag diskutiert und über die Platzsituation im Gemeindehaus, wo eigentlich der Bedarf nach einer nachhaltigen Lösung bereits seit längerer Zeit besteht. Die Mittelfristige Lösung ist für niemanden zufriedenstellend und das Ziel seitens Gemeinderat muss sein, eine langfristige Lösung in näherer Zeit präsentieren zu können. Die momentane finanzielle Situation lässt auch keine kurzfristige Sanierung der Immobilie am Bankweg zu, sei es finanziell oder ressourcentechnisch. Zudem stellt sich dann die Frage, nach dem Standort für die Bibliothek. Bis eine spruchreife Lösung vorliegt, wird es noch eine Weile dauern. In der Zwischenzeit wird

die Gemeinde wachsen und mit ihr die Verwaltung in Bezug auf die Arbeitslast und die personellen Ressourcen, welche den entsprechenden Arbeitsraum benötigen. Ein attraktiver Arbeitsplatz motiviert die Mitarbeitenden und wer gerne zur Arbeit kommt, der erbringt Höchstleistungen. Es gilt jetzt die schwierige Platzsituation zu entschärfen und möglichst bald eine Gesamtlösung für das Gemeindehaus und die Bibliothek zu bieten. Die Fraktion der SP Wohlen unterstützt den Bericht und Antrag 14116 und wünscht sich eine baldige und nachhaltige Lösung für die Gemeinde und besonders für die Menschen, die täglich mit den engen Platzverhältnissen arbeiten müssen.

Sax Simon, GLP/EVP: Für uns ist es unbestritten, dass die Situation im Gemeindehaus, wie sie aktuell vorliegt und ehrlicherweise seit längerem bekannt ist, nicht mehr geduldet werden kann. Wenn man die vorgeschlagene Gesamtbetrachtung machen möchte – was wir grundsätzlich auch befürworten und mittelfristig auch so angedacht ist – dann werden wir zukünftig eine Lösung haben, welche für alle eine gute Variante bedeutet und bei der alle Verwaltungsabteilungen am selben Ort sein werden. Wie wir bereits gehört haben, besteht die Angst, dass aufgrund der nicht vorhandenen personellen Ressourcen keine weiteren Projekte ausgeführt werden können. Nun sollen wir aber sofort das Grossprojekt Sanierung Gemeindehaus und die Erstellung eines Gesamtkonzept machen. Aber genau dies benötigt wieder Ressourcen. Wir wissen, wie schnell so etwas voran geht und uns sind die personellen Ressourcen bekannt. Schlussendlich ist es vielleicht besser – auch wenn wir jetzt Geld ungern ausgeben müssen – diese Lösung anzunehmen. So könnten die Angestellten wieder mit anständigen Platzverhältnissen arbeiten. Mittelfristig ist es uns sehr wohl wichtig, dass ein Gesamtkonzept erstellt wird. Im Moment stehen uns jedoch weder die personellen noch die finanziellen Ressourcen zur Verfügung um ein solches Grossprojekt realisieren zu können. Aus diesem Grund sprechen wir uns gegen diesen Rückweisungsantrag aus und unterstützen den vorliegenden Bericht und Antrag.

Einzelvoten

Geissmann Thomas, FDP: Das was uns die beiden Volksparteien heute liefern ist im höchsten Masse inkonsequent. Beide Parteien haben in der Vergangenheit sämtlichen Stellenerhöhungen zugestimmt. Nun zeigt man sich erstaunt, dass plötzlich der Platz nicht mehr ausreicht im Gemeindehaus. Die Mitte möchte gerne den Bankweg sanieren. Der Betrag über welchen wir heute abstimmen, würde knapp für den Projektierungskredit reichen. Der gesamte Umbau wird ein vielfaches, 10-faches oder 20-faches davon kosten. Die Rückweisung zu verlangen wird alles verzögern und letztendlich wird es vielmehr kosten. Wir müssen nun einfach vorwärts machen, uns den Tatsachen stellen und es halt durchziehen. Wir müssen nun leider die Folgen der vergangenen Entscheide akzeptieren. Es bringt da auch nichts, wenn man eine Reserve streichen will. Da spart man keinen Franken damit. Ich bitte darum, dass wir weiter machen und darüber abstimmen. Aber auf keinen Fall sollte das Geschäft zurückgewiesen werden.

Keller Anna, Grüne: Thomas Geissmann hat mir aus der Seele gesprochen. Das Betriebsamt soll an einen neuen Ort kommen. Ausgerechnet das Betriebsamt, welches uns nämlich Geld einbringt und die Ausgaben gedeckt sind aufgrund der Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinden. Es ist sinnvoll, dass sich das Betriebsamt an einem Ort befindet, wo es allen zugänglich ist. Mit dabei sind die Gemeinden Häggingen sowie Niederwil und Dottikon wird voraussichtlich auch im Laufe dieses Jahres dazu kommen. Wenn man das Betriebsamt in die Liegenschaft Bankweg 2 auslagern möchte frage ich mich, wohin das Personal geht, wenn dort eine Sitzung stattfindet. Müssen die dann jeweils ausziehen? Diesen Vorschlag erachte ich als Blödsinn. Zudem wurde in der Presse darauf hingewiesen, dass es einmal einen Vorstoss gegeben hat, dass die Bibliothek das gesamte Gebäude übernehmen kann. Dies wäre spannend gewesen. Das Problem war jedoch, dass das Personal der Bibliothek dies gar nicht wollte, weil es auf zwei Stockwerken verteilt gewesen wäre. Die Bücher sind sehr schwer und sie wollten diese nicht immer hinauf und hinab tragen. Ein Lift ist in diesem Gebäude nicht vorhanden und einen dazu zubauen ist enorm teuer. Ich denke, für den Moment – und wir brauchen für den Moment eine Lösung – ist dieser Vorschlag sehr gut und die Rückweisung ist ein Unsinn.

Muff Josef, SP: In diesem Einwohnerrat wird man immer wieder überrascht. Die hier herrschende Einstellung überrascht mich aber eigentlich nicht. Wenn man sich anschaut, was in den letzten 15 Jahren eben nicht gemacht worden ist, dann muss man sich doch nicht wundern, wenn man so Probleme bekommt. Dann heisst es, wir haben keinen Platz. Man kann schon sagen, dass noch Leute eingestellt worden sind. Man hätte schon seit langer Zeit schauen müssen, dass das Gemeindehaus an einem anderen Standort ist, neu gebaut wird oder sonst etwas. Gemacht wurde jedoch nichts. Das ist nicht der Fehler des jetzigen Gemeinderates, sondern dieser Fehler wurde vor 10 bis 15 Jahren gemacht. Es kann doch nicht sein, dass jetzt alles blockiert wird. Wir kommen nicht weit, wenn wir alles immer wieder verschieben. Unter dem Strich wird es – und das wissen wir alle – alles nicht billiger, sondern noch teurer. Ich bitte Sie, unterstützen Sie

den Rückweisungsantrag nicht, denn dies bringt gar nichts. Wir werden nicht ewig da sein, es kommen noch andere Leute nach uns, welche diesen Unsinn dann ausbaden müssen.

Geissmann André, SVP: Ich danke Josef Muff für das Votum. Wir waren ja nicht alle hier, als die Sachen nicht gemacht worden sind. In diesem Sinn kann man uns nicht für das verantwortlich machen. Auch ich sehe mich nicht in der Verantwortung. Wenn ich mir jedoch vorstelle, dass ich ein Gemeindehaus umgestalten und Arbeitsplätze darin generieren müsste, würde ich mir die folgenden Überlegungen anstellen. Mir ist bekannt, dass die Regionalpolizei im Jahr 2023 ausziehen wird. Ich weiss jetzt im Jahr 2021, dass umgebaut wird und es anschliessend Platz gibt dort. Ich muss doch ein Konzept haben, um zu wissen, was mit diesen Räumen passieren wird. Uns als Einwohnerräte muss das doch interessieren. Wir müssen doch wissen, was mit diesen Räumlichkeiten geschehen wird. Schliesslich gibt es ja neue Räumlichkeiten, denn die Regionalpolizei geht ja raus. Warum müssen wir jetzt einen Schnellschuss machen. Das müssen wir eben jetzt nicht machen. Wir müssen jetzt warten. Es gibt schon irgendeinen Arbeitsplatz und eine Möglichkeit. Wie gesagt, wir haben ja den Bankweg. Es gibt immer eine Möglichkeit, dass man dort drinnen etwas macht. Am Bankweg wurde auch die Heizung eingebaut ohne Budget. Auf eine Isolation wurde verzichtet. Das ist alles gegangen, es geht alles, wenn man es will. Auch ein Arbeitsplatz kann irgendwo integriert werden. Auch dies geht.

Lütolf Harry, Die Mitte: Die beengten Verhältnisse im Gemeindehaus sind auch unserer Partei nicht verborgen geblieben. Klar, diese sind da. Aber, es zwingt uns im Moment nichts dazu – keine geänderte gesetzliche Grundlage oder so – dass man nun in einer „Hauruck-Übung“ sofort den vom Gemeinderat geforderten Platz zu schaffen. Der Bankweg 2 ist schon seit über zehn Jahren ein Thema. Seit über zehn Jahren diskutiert man, was man mit diesem Gebäude machen will. Eine sehr lange Zeit, in welcher man die Gelegenheit hatte dies einmal richtig an die Hand zu nehmen. Thomas Geissmann sagte vorhin, dass es dann teurer werde. Ja, aber Thomas Geissmann, der Bankweg 2 muss sowieso einmal gemacht werden. An diesen Kosten kommt man nicht vorbei. Die Konzeption Der Mitte Wohlen, welche nun offenbar auch von der SVP geteilt wird, ist die folgende. Die Polizei kann relativ zügig aus dem Gemeindehaus ausziehen, wenn der Wille vorhanden ist, dies zu tun. Dann kann die Polizei spätestens in zwei Jahren in die Wilstrasse einziehen und dann haben wir schon relativ viel Platz. Das was jetzt die Polizei belegt. Man muss den Willen haben den Bankweg 2 grundlegend zu sanieren und dies anzupacken. Das ist keine grosse Geschichte, sondern es handelt sich um ein ganz normales Gebäude, welches man relativ schnell umbauen kann. In Wohlen sehe ich Bauprojekte, welche wesentlich grösser sind und innerhalb von 1.5 Jahren umgesetzt werden. Wenn man also den Willen hat den Bankweg 2 grundlegend zu sanieren und umzubauen, dann schafft man auch dies in zwei Jahren. Man kann dies, ausnahmsweise einmal, extern vergeben, wenn man nicht über die notwendigen Kapazitäten in der Bauverwaltung verfügt. Aber es ist machbar. Im Bankweg 2 hat es eine Fläche von ca. 600 m². Dies reicht mehr als ausreichend für das Betriebsamt und auch noch für andere Sachen. Es stellt sich noch die Frage, was man mit der Bibliothek macht. Die Antwort lautet Bleichi. Ich spreche jetzt nicht vom Ausstellungsraum. Wir haben gleich nebenan eine relativ grosse, brachliegende Fläche, welche nicht genutzt wird. Meiner Meinung nach würde sich dies hervorragend dafür eignen. Das Halde-Schulhaus ist in der Nähe und die Schüler werden dann an der Gemeindebibliothek vorbei laufen – „why not?“. Man kann innerhalb von zwei Jahren vieles bewegen. Vieles an der dringenden Raumnot kann man verändern, wenn der Wille vorhanden ist dies zu machen. Und – sorry an die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung – diese zwei Jahre kann man also auch noch aussitzen. Das schafft man. Zwei Jahre jetzt noch Geduld haben bis eine andere Lösung vorhanden ist. Zusammengefasst: Der Bankweg 2 muss ohnehin einmal gemacht werden. Dort wird sehr viel Raum frei, wenn man das wirklich an die Hand nimmt. Die Regionalpolizei geht sowieso in absehbarer Zeit aus dem Gemeindehaus. Jede Menge Raumkapazität, welche dann im Gemeindehaus und am Bankweg 2 bereitgestellt werden können. Ein externer Standort des Betriebsamt – und das ist der letzte Punkt, welcher ich ansprechen möchte – hat auch seine Tücken. Leute, welche betrieben werden, rasten nicht selten aus. Und die gehen dann zur Migros und machen dort draussen Radau. Die Polizei ist dann nicht mehr im gleichen Haus, wie es heute der Fall ist. Die können jetzt eine Etage hinauf und sind vor Ort. Knopf drücken und der Polizist ist da. Die müssen dann erst zur Migros rennen, wenn etwas geschieht. Die Sicherheit spricht ganz klar gegen eine Verzettlung der Standorte.

Donat Ruedi, Die Mitte: Es ist noch nicht lange her, als wir den Finanzplan verabschiedet haben und darin steht kein Wort von diesem Umbau, welcher jetzt zur Diskussion steht. Für mich kommt dies etwas „ad hoc“-Geschichte vor. Es ist noch keine Legislatur vergangen, in welcher der Einwohnerrat so viele Stellen bewilligt hat. Es ist mehrmals die Frage gestellt worden, ob wir genügend Platz haben, für alle diese Leute, welche wir einstellen. Diese Frage wurde jedes Mal bejaht. Es ist ja auch noch ein Postulat hängig für die Bibliothek, welches seit längerer Zeit traktandiert werden müsste. Ich denke konzeptionell wäre es interessant die Bibliothek aus dem Bankweg 2 rauszunehmen und in einem anderen Standort unterzubringen. Dies ist ja schon seit 15 Jahren ein Thema und das man dies in einer gemeindeeigenen Liegenschaft kann

unterbringen. Die Miete bei der Migros für zehn Jahr ergeben CHF 650'000. Rechnen Sie einmal aus, was für ein Kapital mit den heutigen Zinsen verzinst werden könnte, um den Bankweg 2 so zu sanieren wie wir uns das vorstellen. Hinzu kommt, dass wir ja sehr gute Erfahrungen mit Provisorien gemacht haben. Ich denke an den Schulpavillon, welcher für eine Zeitdauer von zehn Jahren gebaut worden ist und mittlerweile seit 30 Jahren besteht. Ich bin der Meinung, dass man die Mietlösung nicht unterstützen sollte. Ich bitte den Gemeinderat um ein strategisches Vorgehen und ein Konzept zu erstellen, damit wir auch zustimmen können. Zudem steht noch der Bericht und Antrag betreffend Verpflichtungskredit für den Umbau der Liegenschaft an der Wilstrasse für die Regionalpolizei an.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Auch wenn die Meinungen offensichtlich schon gemacht sind, möchte ich doch noch etwas dazu sagen. Ich möchte an Ihre Verantwortung als Einwohnerräte appellieren. Die Verantwortung als Einwohnerrat betrifft einerseits die Beschlussfassung zu den einzelnen Geschäften, es umfasst aber auch die Verantwortung zu tragen, wenn es darum geht die entsprechenden Mittel für eine funktionierende Gemeindeverwaltung zur Verfügung zu stellen. Das Problem der fehlenden Räumlichkeiten besteht schon längstens. Jetzt gehen wir das mit einer Lösung, welche der Gemeinderat als richtig erachtet, an. Als das Gemeindehaus in den 70er Jahren gebaut worden ist, haben die Generation vor uns räumliche Reserven eingebaut. Von dieser Substanz leben wir heute noch und dafür können wir dankbar sein. Es handelt sich doch nicht um eine zukunftsfähige Politik, wenn man sagt, dass man so weiterarbeiten soll, obschon sich alles rundherum verändert. Ich möchte noch etwas korrigieren bzw. Aussage dazu machen. Der Bankweg 2 der steht also nicht einfach leer und es steht auch keine grosse Fläche zur Verfügung. Das muss man sich bewusst sein. Der Raum ist zudem nicht nutzbar für Publikumsverkehr ohne entsprechende kostenintensive Umbaumaassnahmen. Harry Lütolf hat noch die Bleichi angesprochen. Auch dort müssen wir von riesigen Investitionen ausgehen. Diese Diskussionen werde ich dann mit Spannung hier im Einwohnerrat mitverfolgen, wenn es darum geht eine entsprechende Sanierungsvorlage zu genehmigen.

Der Gemeinderat möchte ja gerne ein Gesamtkonzept erstellen. Die langfristige Strategie, das langfristige Konzept vom Gemeinderat für die Gemeindeverwaltung ist die Zusammenführung aller Gemeindeabteilungen an einen Standort. Das ist das Ziel in zehn Jahren. Wenn man denkt, dass sei in zwei Jahren einfach umgesetzt, dann ist das schlicht nicht realistisch und widerspricht zu 100% der Aussage von Daniel Heinrich bezüglich der Anzahl Projekte, welche am Laufen sind – er hat dies wunderbar aufgezählt – und der personellen Mittel, welche man zur Verfügung hat. Ein ehemaliger Vizeammann pflegte damals oft zu sagen: „Das Bessere ist des Guten Tod“. Genauso ist es auch. Man möchte jetzt etwas was nicht realistisch ist und man verhindert nun eine pragmatische Lösung, welche uns Luft verschaffen würde die verlangten Konzepte und Planungen, innerhalb realistischer Frist, sauber aufzugleisen. Ich bitte Sie inständig, diesem Rückweisungsantrag nicht stattzugeben. Mit diesem Rückweisungsantrag bescheren Sie uns einzig und allein mehr Arbeit und keine einzige Lösung. Bitte stellen Sie keine Blockade her.

Heinrich Daniel, Die Mitte: Ich möchte mich zu verschiedenen Punkten äussern. Es stimmt, dass ich eine Liste erstellt habe mit Sachen, welche derzeit am Laufen sind. Ich habe jedoch auch gesagt, dass man endlich prüfen muss, welche Projekte extrem wichtig sind. Wo verlieren wir Geld. Ich, als Unternehmer, drehe jeden Franken zweimal um. Wenn ich ihn nämlich drehe, sind es zwei Franken. Mache ich dies mit CHF 100.00 erhalte ich CHF 200.00. Ich überlege mir, was ich wo investieren kann, damit eine Rendite zurückkommt. Für CHF 65'000 Miete in der Migros kann ich heute mit einem Hypothekarzinsfuss von 0.85% einen Bau realisieren von sage und schreibe CHF 7'650'000. Hier ist noch nichts amortisiert. Nur einmal um aufzuzeigen, was es für Kosten sind. Für mich wäre es eigentlich sinnvoll die eigenen Liegenschaften zu nutzen. Klar können wir dies, wie es bereits erwähnt wurde, zurzeit mangels Ressourcen nicht ausführen. Bezüglich der Platzverhältnisse im Gemeindehaus kann ich sagen, dass sich einige Abteilungen im Homeoffice befinden. Ich sehe eine Chance, dass dies nun – allenfalls mit Beizug eines externen Partners – realisiert werden kann. Dann könnten wir auch Geld verdienen. Es ist nicht sicher, dass uns der Bürger folgen wird, wenn er sieht, dass wir über eine Million Mietkosten extern bezahlen. Das wird nicht jeder Bürger goutieren. Bitte nehmen Sie den Rückweisungsantrag an.

Abstimmung über die Rückweisung

Der Rückweisungsantrag wird mit 18 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Fraktionsmeinungen

Keller Samuel, FDP/Dorfteil Anglikon: Der Einwohnerrat hat heute die Möglichkeit auf einmal einen Betrag von CHF 7.2 Mio. einzusparen. Gerne zeige ich Ihnen weshalb. Es wurde schon vieles gesagt, aber nicht explizit erwähnt wurde, dass wir im Finanzplan in den Jahren 2026 bis 2030 einen Betrag von insgesamt CHF 7.2 Mio. für den Umbau und die Gesamtsanierung des Gemeindehauses und des Bankweg 2 enthalten haben. So wie ich Arsène Perroud verstanden habe, kann das Projekt um fünf Jahre verschoben werden, wenn man jetzt die sanfte Sanierung für den Betrag von 270'000 macht. Sprich es fällt aus unserem Horizont unseres Finanzplanes. Das ist ja der Sinn und Zweck von dem was der Gemeinderat bewerkstelligen möchte. So kann Zeit gewonnen werden, um eine saubere Arbeit machen zu können. Mit der Begründung, mit der Auslagerung des Betriebsamtes, ist unsere Fraktion damit einverstanden. Es ist die einzige Abteilung der Gemeinde, welche unabhängig ist. Diese Abteilung kann problemlos ausgelagert werden. Sie kommt so näher ins Zentrum. Zudem sind sie selbstfinanziert.

Beim Sanierungsvorschlag interessieren mich die genauen Details bezüglich der Räumlichkeiten weniger, denn das ist Sache der Verwaltung, wie sie sich organisieren möchte. Viel wichtiger ist, dass die Mitarbeitenden zufrieden sind und dass die Verwaltung effizient arbeiten kann. Aus den genannten Gründen werden wir mehrheitlich, allenfalls einstimmig zu beiden Anträge Ja sagen.

Schmid Patrick, Grüne: Das Votum von Samuel Keller deckt die Aussagen ab, welche ich machen wollte. Ich werde seine Rede nicht wiederholen, denn es wurde bereits viel gesprochen. Jetzt eine notwendige Umgestaltung finanzieren und in zehn Jahren ein Gesamtkonzept für eine Gesamtsanierung durchführen.

Dietrich-Meyer Stefanie, Die Mitte: Von Leuten, welche sich vorhin gegen eine Rückweisung ausgesprochen haben, hat man gehört, dass wir alles hinausschieben möchten. Wenn ich jedoch die Aussage von Samuel Keller anhöre, scheint es mir, dass die FDP alles hinausschieben möchte. Es ist schade, dass Sie dieser Rückweisung nicht zugestimmt haben. Unsere Beweggründe muss ich an dieser Stelle nicht noch einmal wiederholen. Die Fraktion Die Mitte lehnt das Geschäft einstimmig ab.

Zimmermann Beate, EVP/GLP: Was macht eigentlich eine gute Verwaltung aus? Eine gute Verwaltung hat gutes Personal. Dass wir dies in Wohlen haben, davon bin ich überzeugt und wir sind hier wohl alle derselben Meinung. Gutes Personal benötigt jedoch auch gute Arbeitsbedingungen. Wenn man nicht genügend Platz für sich selber und für die Materialien hat und wenn man Sitzungen auswärts abhalten muss, sind dies keine guten Bedingungen. Gute Bedingungen braucht es auch für die Kundschaft, also für die Einwohnerrinnen und Einwohner von Wohlen, welche ins Gemeindehaus kommen und ein Anliegen haben. Es kann doch nicht sein, dass sie ihr Anliegen auf dem Gang besprechen müssen, weil es kein passendes Sitzungszimmer, respektive Büro hat und dass jede Person, welche vorbei geht kann oder zuhören muss. Wir werden dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Einzelvoten

Stäger Dieter, FDP: Manchmal erscheint es mir in diesem Rat, je kleiner der Betrag, umso grösser die Diskussion. Vor wenigen Wochen haben wir der Sanierung der Halde im Betrag ungefähr CHF 60 Mio. zugestimmt. Dies allein macht pro Jahr CHF 1.5 Mio. an Abschreibungen aus. Einfach so. Ich bin sicher, die meisten von Ihnen sind überzeugt davon, dass wir dies für die Kinder machen. Aber glauben Sie mir, wir machen dies mit Sicherheit noch viel mehr für die Angestellten, die Lehrpersonen, dieser Schulen. Wir wollen ja, dass diese einen guten Job machen und dass sie gut arbeiten mit unseren Kindern. Etwas Ähnliches ist es in der Gemeindeverwaltung. Wir wollen doch, dass unsere Mitarbeitenden einen guten Job machen, dass sie motiviert zur Arbeit kommen. Damit sie ihren Job richtig und gut machen können, brauchen sie die nötige Infrastruktur. Vielleicht bin ich etwas voreingenommen, da ich selber auf dieser Gemeinde, in diesem Gemeindehaus, die Lehre gemacht habe. Sie können zurückrechnen, das ist im Minimum 40 Jahre her. Ausser einigen Pinselstrichen wurde im Gemeindehaus, ehrlich gesagt, nicht viel gemacht in all diesen Jahren. Insbesondere das Gemeinderatszimmer strahlt auch heute noch den Groove der 70er Jahre aus. Das mag für einige heimelig sein, aber wenn wir ehrlich sind, ist dies nicht so. Stellen Sie sich vor, wir haben eine Delegation, welche sich für das Isler-Areal interessiert, möchten dies mit ihnen besprechen und müssen in ein solches Sitzungszimmer hinein. Als zuständiger Gemeinderat würde ich mich ein ganz klein wenig schämen. Es ist auch eine Visitenkarte für unser Dorf. Übrigens der Betrag, welcher uns die Miete der externen Räumlichkeiten kostet, das ist einmal temporär. Zehn Jahre wurde gesagt. Wenn man alles rechnet, gibt dies ein Betrag zwischen CHF 60'000 und CHF 70'000. Wenn wir jetzt den Bankweg sanieren, dann kostet uns dies locker zwischen CHF 2 bis CHF 3.5 Mio. Weil wir als Gemeinde, dies sieht man beim Wietlisbachschulhaus, immer noch mehr investieren müssen als dass jeder

Privat das muss. Rechnet man die Abschreibung, nur die Abschreibung, sind dies CHF 70'000 im Jahr. Da haben wir gerade die Miete gedeckt. Geben wir der Gemeindeverwaltung und auch dem Planungsteam die Zeit, das Konzept für eine Sanierung des Gemeindehauses, für eine Zusammenführung all dieser Räume in aller Ruhe zu erarbeiten. Ich persönlich finde, dass dies einen wirklich cleveren und vor allem effizienten Vorschlag. So erhalten wir wieder etwas Luft, einerseits für die Planung und andererseits aber auch für die Mitarbeitenden, sodass sie die richtige Infrastruktur haben und nicht zu Letzt für uns selber mit den vielen Sitzungen, sodass man wieder vernünftig tagen kann. Ich bitte Sie diesem Geschäft überzeugend zuzustimmen.

Nicoll Jonathan, SVP: Mir scheint es, je kleiner der Betrag, je grösser könnte die mögliche Täuschung sein, was der zukünftige Kapitalbedarf anbelangt. Es wurde schon oft über die Nutzung der hauseigenen Gemeindeimmobilien diskutiert, brachem Land mit Potenzial und dem fehlenden Ertragspotenzial. Das Potenzial wäre vorhanden, nur der Ertrag ist noch nicht entwickelt. Es streitet niemand ab, dass diese Gemeinde jahrelang keine Investitionen getätigt hat, der entsprechende Bedarf enorm gross ist, enorm lange hinausgeschoben worden ist und man jetzt natürlich – weil gerade eine Trendstimmung herrscht und alle mit ihren Ideen kommen – alles machen möchte. Seit Jahren spricht man von einer fehlenden Immobilienentwicklungsstrategie, das ist kein Vorwurf an den Gemeinderat, sondern es gibt halt immer wieder Sachen, welche vorgeschoben worden und anscheinend dringlicher sind. Wir diskutieren ein Geschäft nach dem anderen, aber was wir nicht diskutieren sind die Ideen möglichst schnell weiteren Ertrag zu generieren in dieser Gemeinde. Dies wiederhole ich jedes Mal, wenn ich hier stehe. Ertrag, welcher in unsere Kasse kommt. Wo man sich nicht fünf Mal überlegen muss, machen wir das jetzt oder nicht. Das führt alles zum selben, nämlich der fehlenden Prioritätenliste. In der Vorlage können Sie nachlesen: „*Das vorliegende Projekt ist im Finanzplan 2022-2031 nicht aufgeführt.*“ Wir als Vertreter des Volkes, als Einwohnerrat, hätten eigentlich die Möglichkeit dem Gemeinderat zu sagen, dass alles was nicht im Finanzplan enthalten ist, auch nicht diskutiert wird und was uns in den kommenden 24 Monaten keinen Ertrag generiert, wird nun nicht diskutiert. Wenn der Gemeinderat mitteilt, dass er sehr wohl eine langfristige Strategie entwickeln möchte, das Potenzial von Landreserven und von gemeindeeigenen Liegenschaften überdenken möchte, dann können wir uns schon zwei bis drei Jahre Zeit lassen. In den nächsten fünf Jahren wird an der Zinskurve nicht viel passieren und der Kanton wird uns nach wie vor zu fairen Konditionen finanziell unterstützen. Jetzt kann man natürlich sagen, geben wir das Geld, welches wir haben einfach aus, die nachfolgenden Generationen sollen auch noch etwas zu tun haben. Schlussendlich sagte es Josef Muff bereits, dass nicht alle so lange da sind und es noch Nachfolgende gibt. Der Schein trügt. Die Leute haben heute Angst vor einer möglichen Inflation und wir geben einfach vor zu Geld aus. Wenn die die Zinsen in zehn Jahren ansteigen kann es sein, dass der Betrag von CHF 650'000 für die Miete CHF 1 Mio. kostet. Wir geben also einfach einmal CHF 1 Mio. aus. Den Platz braucht es, aber in der Gemeindeverwaltung hat es keine Minenarbeiter. Der Arbeitsplatz ist relativ gut, auch wenn das Gebäude aus den 70er Jahren stammt. Das ist nicht das Problem. Wir lehnen das Geschäft ganz klar ab, weil wir der Meinung sind, dass trotz der bestehenden und laufenden Projekten die Gemeinde in den kommenden zwei Jahren, in einer Planungsphase, sehr wohl alle notwendigen Abklärungen in Bezug auf der Verwaltungsgebäude tätigen kann. Zudem ist diese Parzelle gross genug und solange die Zinsen noch günstig sind könnte man sich auch überlegen, dass die gesamte Verwaltung in ein Provisorium zieht und man auf dieser Parzelle ein grosses, neues Verwaltungsgebäude errichtet, welches über die nächsten zwei bis drei Generationen dem potenziellen Wachstum entspricht. Wir können nicht sagen, dass wir an ein Wachstum von 5% Neuzuzüglern jedes Jahr und einer Steuerertragssteigerung von 3 bis 5% glauben und gleichzeitig nicht daran glauben, dass wir ein grösseres Verwaltungsgebäude benötigen. Beim vom Gemeinderat vorgeschlagenen Vorgehen, mit CHF 300'000, handelt es sich um eine sehr kurzfristige Betrachtungsweise. Aber der Platzbedarf, welcher wir in zehn Jahren haben werden, wird uns problemlos CHF 5 bis 6 Mio. kosten. Ich bitte Sie darum, dass Sie sich das vor Augen führen. CHF 300'000 sind eben nicht CHF 300'000, sondern vielleicht Faktor zehn oder zwanzig. Wir lehnen das Geschäft ab und wünschen uns vom Gemeinderat, dass er eine Strategie erarbeitet und vorlegt. Wir möchten wissen, wie und wo er das Verwaltungsgebäude in fünf Jahren sieht. Wenn man zum Betrag von CHF 65'000 zustimmt, müssen wir jedoch ganz sicher sein, dass im nächsten Finanzplan die zukünftige Strategie des Gemeinderates abgebildet ist.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

1. *Genehmigung Verpflichtungskredit für die Realisierung der Umbaumaassnahmen im Gemeindehaus im Gesamtbetrag von CHF 270'000.00 ($\pm 15\%$, inkl. 7.7% MWST).*

wird mit 21 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen zugestimmt.

2. *Genehmigung jährlich wiederkehrenden Verpflichtungen von CHF 65'149.00 ab Juli 2021 (inkl. 7.7% MWST) für die temporäre Auslagerung des Regionalen Betriebsamtes aus dem Gemeindehaus.*

wird mit 21 Ja-Stimmen zu 18-Nein Stimmen zugestimmt.

Bericht und Antrag 14117 Vergütungsreglement für politisch gewählte Personen – Legislatur 2022-2025

Werner Dörig, FGPK: „*Es ist der falsche Zeitpunkt für eine Erhöhung*“ – hören wir vielleicht in einen oder anderen Votum im Verlauf dieser Debatte aus dem Plenum. Dieser falsche Zeitpunkt war auch in der Sitzung der FGPK am 8. April 2021 ein Thema, wobei die FGPK zum Schluss gekommen ist, dass mit Blick auf die Finanzlage für die vom Gemeinderat beantragte Erhöhung der Entschädigungen es immer der falsche Zeitpunkt ist, was im Umkehrschluss heissen kann, dass es „den falschen Zeitpunkt“ nicht gibt. Und ganz generell stellt sich die FGPK zudem auf den Standpunkt, dass auch Gemeinderäte in einer sich nahe am finanziellen Abgrund stehenden Gemeinde – sprich Wohlen – angemessen entschädigt werden müssen. Die FGPK hat sich an der Sitzung vom 8. April 2021 intensiv und kontrovers mit dem Vergütungsreglement für politisch gewählte Personen auseinandergesetzt. Ich nehme es vorneweg – in der FGPK finden sich alle Positionen und Meinungen von einem uneingeschränkten Ja für eine Erhöhung der Vergütungen bis zum Nein derer, die eine solche ablehnen. Eine grosse Mehrheit der FGPK stimmt jedoch dem Bericht und Antrag, so wie er uns heute und mit diesem Zahlenmaterial präsentiert wird, nicht zu.

Die FGPK hat sich differenziert mit dem Vergütungsreglement auseinandergesetzt, wohl wissend, dass es politischen Zündstoff in sich hat aber auch im Bewusstsein – und dies kann man von den meisten Vorlagen sagen – dass es bei allem Pro und Kontra nicht nur schwarz und weiss gibt. Solchermassen differenziert waren dann auch die Meinungen in der FGPK. Blenden wir zurück. Mit Datum vom 24. August 2017 legt der Gemeinderat dem Einwohnerrat mit Bericht und Antrag 13151 das neue Führungsmodell der Gemeinde Wohlen – operative Umsetzung, vor. Unter anderem kann man dort lesen:

- Das Milizsystem wird entlastet. Das Exekutivamt des Gemeinderates wird attraktiver.
- Gemäss neuem Führungsmodell ergeben sich Entlastungen bei den Vergütungen auf der Ebene der politischen Exekutive.
- Die Vergütungsaufwände für die Mitglieder der Exekutive reduzieren sich um jährlich wiederkehrende CHF 86'000.

Die Aussage zum Milizsystem wird mit dem vorliegenden Bericht und Antrag infrage gestellt, Zahlen werden zur Makulatur. Die FGPK hat sich in diesem Zusammenhang aber auch die Frage gestellt, ob der politische Zeitraum – also 24. August 2017 bis heute 26. April 2021 – ein kurzer ist. Will heissen, wo der Gemeinderat von seinen damaligen Äusserungen bereits wieder abrückt, Zusagen nicht einhält, Vertrauen verspielt oder ob es sich bei dieser Zeitspanne um einen längeren Zeitraum handelt, wo sich Umstände, Konstellationen, Perspektiven, Aufgaben ändern können. Die Gründe für die Erhöhungen der Entschädigungen, die der Gemeinderat ins Feld führt, hat die FGPK mit Skepsis zur Kenntnis genommen.

Zur Meinungsvielfalt in der FGPK. Ein Argument, welches für eine Erhöhung der Entschädigungen spricht ist das Faktum, dass sich die Gemeinde Wohlen, was die Entlohnung von Gemeinderäten betrifft, tatsächlich im unteren Drittel im Vergleich zu Gemeinden im Kanton Aargau mit über 10'000 Einwohnern befindet. Man muss aber wissen, dass es sich dabei um die Höhe der Entschädigung für Gemeinderäte im Verhältnis zur Anzahl Einwohner/Einwohnerinnen handelt. Diesen Umstand kann man jedoch aus verschiedenen Blickwinkeln würdigen.

Kritisch hat sich die FGPK mit der Tatsache auseinandergesetzt, dass rund 5/6 der wegfallenden Entschädigung für die Schulpflege Eingang in die neuen Vergütungen für den Gemeinderat findet. Insbesondere auch deshalb, weil nach der Abschaffung der Schulpflege noch ungewiss ist, wie sich der Gemeinderat organisiert. Stichworte Schulleitungen und Schulkommission. Welche Kommissionen in welcher Form und wie eingesetzt werden, wie und an wen delegiert wird und welche konkreten Auswirkungen die Abschaffung auf den Gemeinderat haben wird. Die Kosten für die Gemeinde als Folge der Abschaffung der Schulpflege sind offen und stehen buchstäblich in den Sternen. Alles offene Fragen und viele Fragezeichen.

Obwohl eine Mehrheit der FGPK den Bericht und Antrag so wie er jetzt vorliegt, ablehnt, heisst dies nicht, dass ein Teil der FGPK nicht Hand zu einem Kompromiss bieten würde. Dieser Teil der FGPK lehnt die vom Gemeinderat beantragte Erhöhung im Ausmass ab, wäre aber bereit, je nach Antrag, einer Teilerhöhung der Entschädigungen zuzustimmen.

Nach den Ausführungen zum Ja einer kleinen Minderheit in der FGPK zum vorliegenden Bericht und Antrag, dem Teil-Nein einer grösseren Minderheit in der FGPK, die der aktuellen Vorlage nicht zustimmen kann, mit ihrem Teil-Ja aber einer minderen Erhöhung nicht abgeneigt ist – jetzt noch zu der zweiten grösseren Minderheit als dritte Gruppe in der FGPK, die der Vorlage so oder so nicht zustimmen kann. Dieser Teil der FGPK ist der Meinung, dass die beantragten Erhöhungen der Entschädigungen nicht angebracht sind, die aktuellen Entschädigungen für den Gemeinderat angemessen sind und unverändert bleiben müssen. Insbesondere der Quantensprung von der Amtsperiode 2014-2017, also vor der Einführung des neuen Führungsmodells, wo der Durchschnitt der Entschädigungen pro Gemeinderatsmitglied CHF 35'000 betrug, im Vergleich zur Amtsperiode 2022-2025, also drei Jahre und vier Monate nach Einführung des neuen Führungsmodells, dieser Quantensprung von CHF 35'000 auf durchschnittlich CHF 55'000 pro Gemeinderatsmitglied ist für diesen Teil der FGPK nicht akzeptabel. Dieser Teil der FGPK lehnt die beantragten Erhöhungen ab. Die Schlussabstimmung in der FGPK zum vorliegenden Bericht und Antrag Vergütungsreglement für politisch gewählte Personen, Legislaturperiode 2022-2025, hat zum Ergebnis 1 Ja-Stimme zu 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen geführt.

Arsène Perroud, Gemeindeammann: Ich gebe gerne die Haltung des Gemeinderates zu diesem Geschäft und zu den kritischen Stimmen bekannt. Vorab, sind für mich drei wesentliche Aspekte wichtig, über welche in den letzten Tagen die Diskussionen geführt worden sind. Diese waren auch Bestandteil der Ausführungen des FGPK-Sprechers und sind vielleicht noch etwas unklar. An dieser Stelle möchte ich betonen, dass wir zum heutigen Zeitpunkt den günstigsten Gemeinderat der letzten 20 Jahre haben. Wenn man die Zahlen vergleicht, dann sieht man ganz klar, dass die dargestellten Quantensprünge im Gesamten jedoch nicht zutreffen. Die Arbeit ist ja weiterhin vorhanden. Weiter möchte ich darauf hinweisen, dass wir uns mit den Entschädigungen für Gemeinderäte im unteren Drittel der vergleichbaren Gemeinden bewegen. Dies hat Werner Dörig bereits richtig ausgeführt. Zu dieser Thematik ist erst kürzlich eine Studie der Gemeindeammänner Vereinigung erschienen. Für mich als Gemeindeammann ist es sehr wesentlich zu betonen, dass der Aufwand, welcher die Gemeinderatsmitglieder leisten dürfen, auch entsprechend entschädigt werden müssen. Und zwar muss dies so entschädigt werden, dass jemand auch eine Stellenpensen-Reduktion in seinem Beruf hinnehmen kann ohne, dass er grosse finanzielle Nachteile erhält und ohne, dass es Auswirkungen auf die berufliche Vorsorge hat. Das Pensum von einem Gemeinderat in der Gemeinde Wohlen – ohne dass ein grösseres Projekt umzusetzen ist – liegt bei etwa 30%. Es ist organisatorisch nicht anders lösbar, dass man als Gemeinderat tagsüber verfügbar ist. Ehemalige Gemeinderäte hier im Einwohnerrat wissen, dass dies konkret bedeutet, wenn man tagsüber verfügbar sein muss. Wir sind davon überzeugt, dass es für Leute in gewissen Positionen sehr wichtig ist die entsprechende Entschädigung zu erhalten und keine Nachteile erfahren.

Ohne das Thema Schule anzuschauen ist die Grundentschädigung der Gemeinderäte in Wohlen sehr tief angesetzt. Sie entspricht nie und nimmer dem Aufwand, welcher tatsächlich geleistet wird. Wir wissen was bei der Schule für einen Mehraufwand kommen wird und wir wissen auch wie die Schule neu organisiert wird. Dies haben wir vielleicht zu wenig klar darstellen und aufzeigen können. Die Aufgaben, welche von der Schulpflege zum Gemeinderat kommen werden sind klar definiert. Es gibt einerseits die nicht delegierbaren Aufgaben, welche einfach beim Gemeinderat sind und nicht an ein anderes Gremium oder eine Kommission weitergegeben werden können und andererseits ist auch bekannt, wie sich die Schulleitungen künftig organisieren. Dies wurde in der FGPK-Sitzung auch entsprechend ausgeführt. Seitens Kanton werden mehr Stellenpensen für die Schulleitungen zur Verfügung gestellt. Die Schulleiterkonferenz hat sich dazu entsprechen vernehmen lassen. Es braucht somit seitens Gemeinde zum heutigen Zeitpunkt keinerlei weitere Stellenpensen. Selbstverständlich weiss man nie, was in zehn Jahren sein wird. Es ist ebenfalls klar – und dies wurde in der FGPK-Sitzung auch ausgeführt – dass es keine Schulkommission geben wird. Der Gemeinderat erachtet es nicht als zielführend, dass weitere Aufgaben delegiert werden. Der Entscheid über das Vorgehen liegt beim Gemeinderat.

Beim Gemeinderat liegen, nebst den nicht delegierbaren Aufgaben, die selbstverständlichen Aufgaben. Alle strategischen Fragen, wie Legislaturplanung, Finanzplan, Budget usw., welche bislang von Schulpflege behandelt worden sind, werden zukünftig vom Gesamtgemeinderat behandelt werden. Aus diesem Grund erachten wir es als gerechtfertigt, dass alle Gemeinderatsmitglieder eine Erhöhung des Sockelbeitrages erhalten um die Mehraufwände dieser Geschäfte aufzufangen. Zusätzlich wird es ein Ressort Volksschule geben, welches sehr intensiv sein wird und dafür soll dann der Globalbetrag eingesetzt werden. Die

Gedanken haben wir uns somit sehr wohl gemacht, sind jedoch offenbar nicht richtig transportiert worden. Wie es Werner Dörig ausgeführt hat, gab es im Anschluss an die FGPK-Sitzung verschiedene Mehrheiten in den unterschiedlichsten Konstellationen und mit den unterschiedlichsten Haltungen. Der Gemeinderat stellt fest, dass offensichtlich Unklarheiten und Unsicherheiten bestehen. Wir sind uns bewusst, dass der Gemeinderat die politische Haltung falsch eingeschätzt hat und dass die Mitglieder des Einwohnerrates vorliegend noch mehr Informationen benötigen um richtig entscheiden zu können. Wir anerkennen auch, dass wir die Vorlage offensichtlich zu wenig haben politisch reflektieren, sodass es jetzt zu diesem vielen Unklarheiten und Anträgen geführt hat. Es fehlt sicher Zahlenmaterial von anderen Gemeinden. Es ist immer sehr schwierig zu vergleichen. Für den Gemeinderat ist dies nicht zielführend, wenn man bei so einem Thema, welches uns die kommenden vier Jahre begleiten wird, mit so vielen offenen Fragen bei einem Reglement starten wird. Aus diesem Grund kündige ich an, dass der Gemeinderat die Vorlage an dieser Stelle zurückzieht und neu aufarbeitet. Für dies soll eine politische Spiegelgruppe eingesetzt werden, damit die offenen Fragen noch etwas deutlicher geklärt werden können. Uns geht es darum, dass man gemeinsam eine klare Haltung entwickeln kann, hinter der alle stehen können. Gleichwohl wären wir froh, wenn wir heute die Meinungen der Fraktionen hören könnten und die Rückmeldungen dazu erhalten würden. Immer mit dem Willen das Ganze zu einem guten Abschluss bringen zu können.

Meyer Meinrad, Präsident: Ich danke Arsène Perroud für seine Ausführungen. Das Geschäft ist zurückgezogen. Wir können es jetzt beenden, aber ich persönlich finde es einen guten Hinweis, dass die Fraktionsmeinungen trotzdem gehalten werden sollen. So erhält der Gemeinderat ein Feedback, was er denn tatsächlich verbessern müsste.

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich spüre hier im Raum schon Unstimmigkeiten in Bezug auf das Vorgehen. Manche denken jetzt wohl, wenn der Gemeinderat das Geschäft zurückzieht, dann soll keine Diskussion mehr stattfinden. Ich finde dies schade. Wir können heute Abend dem Gemeinderat – und wir haben uns ja vorbereitet – einige Feedbacks mit auf den Weg geben. Auch wenn es zurückgezogen ist. Wir können jetzt die Meinungen abgeben. Wir können auch darüber abstimmen, ob eine Diskussion noch stattfinden soll.

Donat Ruedi, Die Mitte: Ich stelle den Antrag dahingehend, dass die Fraktionsmeinungen abgehalten werden. Wir haben ein Geschäftsreglement und wir sind gehalten auch nach diesem zu handeln. Wenn ein Geschäft zurückgezogen wird – insbesondere vom Gemeinderat – dann muss darüber abgestimmt werden, ob eine Diskussion geführt werden soll oder nicht.

Abstimmung Antrag

Dem Antrag von Ruedi Donat

Die Fraktionsmeinungen seien abzuhalten.

wird mit 21 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen zugestimmt.

Aufgrund Unklarheiten bezüglich der Antragsstellung wird die Sitzung kurz unterbrochen.

Meyer Meinrad, Präsident: Ruedi Donat stellt den Antrag um Abhaltung der Fraktionsmeinungen. Dies benötigt gemäss Geschäftsreglement die einfache Mehrheit. Hätte er einen Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion gestellt, hätte dies eine Zweidrittelmehrheit benötigt. Mit dem vorhergegangenen Resultat wird die einfache Mehrheit erreicht, weshalb das Geschäft diskutiert, bzw. die Fraktionsmeinungen abgehalten werden. Allerdings wird es keine Schlussabstimmung darüber geben und auch über Anträge findet keine Beschlussfassung statt. Der Gemeinderat kann die Anträge als Input für das weitere Vorgehen entgegen nehmen. Gerne können Sie jetzt Ihre Fraktionsmeinungen vortragen. Anschliessend wird das Geschäft dann geschlossen.

Fraktionsmeinungen

Christen Peter, SVP: Was jetzt gerade im Einwohnerrat geschieht ist ein komplettes Kasperlitheater. Es tut mir Leid, wenn ich das so offen und deutlich sagen muss. Wenn der Gemeinderat Interesse gehabt hätte die Meinungen zu hören, dann hätte er den Einwohnerrat diskutieren lassen und am Ende hätte er das

Geschäft zurückziehen können. Das hat er aber nicht gemacht. Er hat den Schwanz eingezogen und hat das Geschäft sofort zurückgezogen. Ich kann Ihnen sagen, dass wir heute nicht diskutieren werden, denn wir werden nun nämlich nach Hause gehen. Ich wünsche Ihnen alle zusammen einen schönen Abend.

Heinrich Daniel, Die Mitte: Die Fraktionsmeinung ist sehr gut und meine Meinung würde ich auch noch gerne sagen, aber ich darf ja nur die Fraktionsmeinung vertreten. Die Diskussion wurde also schon genommen. Dies erachte ich als ungerecht. Wir sollten alles diskutieren – das ist meine Meinung. Die Einzelvoten sollten auch gehalten werden dürfen, denn was wir jetzt machen zeigt lediglich das Bild der Fraktion. Manchmal wäre es aber auch sinnvoll die Einzelvoten zu hören.

Für Die Mitte ist es klar, dass es nach der Auflösung der Schulpflege für den neu zuständigen Gemeinderat mehr Arbeit anhäufen könnte. Für uns ist es auch klar, dass die Entlohnung angepasst werden muss. Wenn der Gemeinderat wirklich sein Stellenpensum mit der Arbeit nicht mehr erledigen kann. Die Mitte möchte jedoch auch generell wissen, wie viel Mehrzeit aufgewendet werden muss, dass der Gemeinderat seinen Job richtig machen kann. Wir wollen aber auch wissen, was von der ehemaligen Schulpflege an die neun Schulleiter delegiert werden kann. Zudem möchten wir in Erfahrung bringen, was das Schulsekretariat übernehmen kann. Wir haben darüber sehr intensiv diskutiert. Die Lösung kann uns am Schluss nur der Gemeinderat geben. Vielleicht kann der Gemeinderat gewisse Arbeiten auch an Behördenmitarbeiter weiterdelegieren oder vielleicht kann er gewisse Geschäfte bei den Kommissionen belassen. Allenfalls haben Gemeinderäte weniger zu tun und man kann die Entlohnung dahingehend umgestalten. Wenn wir diese Antworten vom Gemeinderat erhalten, dann sind wir auch bereit, über eine Entlohnung zu diskutieren und es dementsprechend fair zu verteilen.

Dörig Werner, FDP: Ich fühle mich hier im Rat gerade nicht mehr wohl. Ich stelle einen Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion. Man soll nicht von früher sprechen, Josef Muff ist der Amtsälteste Einwohnerat, und wenn ich meine Zeit aus dem letzten Jahrhundert zusammenzähle – jedenfalls habe ich das noch nie erlebt. Mir war jedoch auch nicht klar, was im Geschäftsreglement des Einwohnerrates bezüglich der Stellung eines Ordnungsantrages genau steht. Eine solche Situation wie heute habe ich noch nie erlebt. Wenn der Gemeinderat das Geschäft zurückzieht, dann ist es zurückgezogen und die Diskussion ist erledigt. Die andere Variante wäre gewesen, dass der Gemeinderat das Geschäft nicht zurückgezogen hätte oder er hätte es seriöser vorbereiten müssen. Aber wenn er es zurückzieht ist es zurückgezogen. Mir ist es unangenehm hier zu diskutieren.

Abstimmung Ordnungsantrag

Der Ordnungsantrag von Werner Dörig

auf Abbruch der Diskussion

wird mit 21 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

21.30 Uhr: Max Hüsler, Peter Christen, Jonathan Nicoll, Daniel Meier, Marc Läufer und Roland Büchi verlassen die Sitzung.

Keller Anna, Grüne: Ich habe dies so auch noch nie erlebt und bin auch schon sehr lange im Rat. Aber ich finde, es kann auch einmal etwas anders sein als auch schon.

In dieser Vorlage ist eigentlich nur die Vergütung der Mitglieder des Gemeinderates ab 2022 ein Thema. Der Rest bleibt gemäss dem Bericht und Antrag ja gleich. Das Gehalt des Gemeindeammanns bleibt ebenfalls gleich hoch. Neu ist jedoch, dass es keine Schulpflege mehr gibt und damit auch keine Gelder dafür nötig sind. Fakt ist, dass die Mitglieder des Gemeinderates in Wohlen wegen der hohen Belastung ihre übrigen Tätigkeiten einschränken müssen, sprich weniger Einkommen haben. Fakt ist auch, dass die Arbeitsbelastung steigt, trotz der neuen Gemeindeordnung. Einerseits sind seit vier Jahren fünf statt sieben Personen im Gemeinderat. Andererseits gibt es viele Erneuerungsaufgaben, an denen gearbeitet wird und die noch angegangen werden müssen (siehe Finanzplan) und die Gemeinde wächst weiter, was mehr Infrastruktur d.h. Mehrarbeit für die Gemeinde bedeutet. Fakt ist ebenfalls, dass Schulpflegeaufgaben neu vom Gemeinderat übernommen werden müssen. Es gibt zusätzliche Aufgaben für den Gemeinderat. Wer sich alles zur Wahl in den Gemeinderat stellt, ist erst zum Teil bekannt. Wer im Herbst schlussendlich

gewählt wird, weiss niemand, auch niemand hier im Saal. Wer diese heute beschlossenen Gehälter beziehen wird ist also offen, denn die Wahlen sind ja bekanntlich erst im Herbst. Das vorgeschlagene Vergütungsreglement betrifft nur vielleicht jetzige Mitglieder des Gemeinderates – zur Kritik, die Gemeinderäte und die Gemeinderätin schancen sich mehr Geld zu!

Wir Grüne meinen, dass das Amt als Gemeinderat einerseits sicher ein Ehrenamt ist, andererseits aber auch so entlohnt werden soll, dass es entfallene Berufsverdienste einigermaßen ausgleicht. Es soll für möglichst viele Menschen finanziell möglich sein Mitglied im Gemeinderat zu sein, egal welchen Job sie ausüben. Es soll für jüngere und ältere Menschen möglich sein und vor allem nicht nur für Pensionierte mit viel freier Zeit. Wichtig ist uns, dass weiterhin die Entlohnung in den Sockelbeitrag und die individuelle Ergänzung aufgeteilt ist. Die Ressorts sind doch sehr unterschiedlich zeitintensiv. Das muss zwingend berücksichtigt sein mit dem individuellen Anteil. Ob wir denn dem zustimmen, was am Ende resultiert, wissen wir nicht. Bei der aktuellen Vorlage hätten wir der vorgeschlagenen Gehaltserhöhung einstimmig zugestimmt. Wir hätten uns jedoch vorstellen können, dass wir den – etwas spät heute eingegangenen – Kompromissvorschlag der FDP auch hätten unterstützen können.

Geissmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Ich habe es in unserer Fraktion einige Male gesagt und ich sage es auch heute im Rat: Machen Sie es bitte nicht komplizierter als es wirklich ist. Es ist nämlich eine ganz einfache Rechnung. Die Prämisse ist, dass jemand der Gemeinderat werden will, soll durch die Reduktion seines Stellenpensums und die Übernahme dieses Amtes nicht weniger verdienen. Wir haben gehört, dass ein durchschnittliches Gemeinderatpensum etwa 30% ausmacht. Der Gemeinderat beantragt nun vorliegend eine Erhöhung auf CHF 55'000. Das ist eine einfache Dreisatzrechnung. Wenn nun vorliegend jemand mehr als CHF 184'000 verdient und gerne Gemeinderat werden möchte, dann hätte er eine Lohneinbusse und wenn er weniger als das verdient, dann hätte er keine Lohneinbusse. Ich kenne selbstverständlich weder die Löhne der jetzigen noch der zukünftigen Gemeinderäte, aber ich meine ein Jahresgehalt von CHF 184'000 ist doch sehr, sehr hoch. Dementsprechend ist der Betrag von CHF 55'000 einfach viel zu hoch angesetzt. Was wir nun noch wissen müssen, ist es wirklich ein Pensum von 30% und was verdient ein angehender Gemeinderat in seinem aktuellen Job. Und schon wissen wir, was der richtige Ansatz ist. Einfach Dreisatzrechnung.

Muff Josef, SP: Was heute Abend passiert ist, ist eigentlich nichts Abnormales. Wir haben nun einmal ein etwas anderer Sitzungsablauf und wenn wir als Parlament nicht darüber hinwegsehen können, finde ich es schon etwas schade. Ich habe schon so Manches erlebt hier im Rat. Im Gegensatz zu Werner Dörig fühle ich mich pudelwohl. Ich habe kein Problem mit solchen Sachen. Wenn man es jedoch kompliziert machen möchte, dann kann man schon auf Sachen herumreiten, die es nicht bringen. Wenn man dann zu Letzt einfach sagt, dass man geht nur weil man mit dem Resultat nicht einverstanden ist, dann finde ich das bedenklich.

Ich bin eigentlich der Meinung, dass die Vorlage des Gemeinderates eigentlich gar nicht so schlecht ist. Mein Vorredner hat den Lohn genannt, welchen man haben muss, um etwas zu verdienen und nicht noch etwas drauflegen zu müssen. Aber jeder, der nur ein kleiner Job in der Gemeinde macht weiss, dass er nie für das was er leistet ganz bezahlt wird. Es gibt immer noch viel Arbeit, welche nebenbei noch erledigt werden muss. Früher war man nebst dem Hauptjob noch im Gemeinderat. Aber diese Zeiten sind vorbei. Es ist auch nicht richtig, denn dann wird die Arbeit nicht richtig gemacht.

Die Zeitungsausgabe der letzten Woche hat mich etwas verärgert. Darin waren recht blödsinnige Leserbriefe abgedruckt von Leuten, welche gerne wollen aber nicht können. Auf der anderen Seite kann man von den Gemeinderäten nicht immer mehr verlangen und meinen, man können Lohnbesoldungen machen, welche vielleicht vor 20 Jahren noch Gültigkeit gehabt hätten. Das kann es nicht sein. Wir unterschätzen die Arbeit, welche die Gemeinderäte erledigen. Ich bin Mitglied in der Liegenschaftskommission und ich weiss nicht, wie viel Arbeit Thomas Burkard aufwendet für seinen Job und was er sich alles anhören lassen muss. Wenn man sich die Widerstände anschaut, auch heute Abend wieder bezüglich des Gemeindehauses. Ich war im Einwohnerrat als man einmal sagte, dass Gemeindehaus soll saniert werden. Der Gemeinderat legte eine Vorlage hin und dann hiess es, man wolle doch eine Gesamtübersicht über alles haben. Die Gesamtübersicht wurde dann auch vorgelegt und der Einwohnerrat meinte, dass man derzeit nichts machen könne. Es ist heute immer noch genau gleich wie dazumal. Das kann es doch nicht sein. Ich denke, dass sich der Gemeinderat auf einem guten Weg befindet und dass er nach vorne schaut. Sie versuchen zu vermeiden, dass man wieder dieselben Fehler begeht. Ich persönlich mag den Gemeinderäten den Lohn gönnen, welchen sie bekommen.

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon: Wir sind grossmehrheitlich dafür, dass man den Globalbeitrag – so wie es der Gemeinderat vorschlägt – erhöhen würde. Wir sind jedoch klar gegen eine Erhebung des Sockelbeitrages. Wir anerkennen dass es höchstwahrscheinlich einen Mehraufwand für die Person, welche das Ressort Schule in Zukunft übernehmen wird, geben wird. Es gibt einfach einige nicht delegierbare Aufgaben. Wir können hingegen überhaupt nicht nachvollziehen, weshalb es für jeden Gemeinderat einen Mehraufwand sein soll. Unklar ist für uns auch, weshalb der Gemeinderat insgesamt eine Lohnerhöhung erhalten soll. Und dies in Zeiten, in welchen es wohl allen klar ist, dass sie nicht so einfach sind. Dieses Begehren steht – nach dem Empfinden der FDP/Dorfteil Anglikon – etwas quer in der Landschaft.

Lütolf Harry, Die Mitte: Der Gemeinderat hat gewünscht, dass wir ihm etwas mit auf den Weg geben, um die Überarbeitung vom Bericht und Antrag zu unterstützen. Dies mache ich gerne. Ich denke ich kann einen Teil meiner Fraktion damit abholen. Es deckt sich zudem in etwa mit dem was der Sprecher der FDP vorhin gesagt hat. In unserer Fraktion ist einer Rückweisung des ganzen Geschäftes und dass man überhaupt nichts an der Entschädigung des Gemeinderates verändert, nicht bei allen auf Anklang gestossen. Wir sehen keine Notwendigkeit einer Anpassung der Sockelbeiträge, sehen jedoch eine Notwendigkeit – wie es der Gemeinderat beantragt – beim Globalbetrag. Dies aus ähnlichen Gründen wie die FDP. Es ist ein Fakt, dass durch die Abschaffung der Schulpflege und die Übernahme der Aufgaben auch mehr Arbeit auf den Gemeinderat zukommt. Es ist jedoch bedeutend weniger als das, was sich der Gemeinderat angedacht hat. Wenn ich sehe, dass heute der Gemeinderat beispielsweise Einbürgerungsgespräche selber führt – ich bringe dieses Beispiel immer wieder gerne – dann macht er etwas falsch. Das ist eine absolut operative und tief angesiedelte Aufgabenstellung. Da braucht es keinen Gemeinderat dazu, ein solches Einbürgerungsgespräch zu führen – sorry. Das ist einfach falsch organisiert. Hier generiert er sich einfach selbst einen Mehraufwand, welcher gar nicht notwendig wäre. Ähnlich kann es dann auch bei der Schule laufen. Das kantonale Recht sieht vor, dass praktisch alles an die Schulleitungen delegiert werden kann. Der Gemeinderat kann sehr viel seiner Aufgabe, welche er jetzt durch die Abschaffung der Schulpflege erhält, an die Schulleitungen delegieren. Er kann selbstverständlich nicht die Mitarbeiterbeurteilungen der Schulleiter selber an die Schulleiter delegieren. Dies muss selbstredend die ranghöhere Stufe machen, das ist klar. Von Gesetzes wegen dürfen die Schulleitungen auch keine Kündigungen gegenüber Lehrpersonen aussprechen, dies muss der Gemeinderat machen. Aber ein einzelnes Mitglied des Gemeinderates kann all dies übernehmen. Das was am Schluss noch beim Gemeinderat anfällt. Diesem Gemeinderat muss zugestanden werden, etwas mehr zu verdienen. Die Schulpflege jetzt verrichtet zusammen ein Arbeitspensum von mindestens 40 Stellenprozenten. Der Schulpflegepräsident der FPD macht nach seinen Aussagen bereits allein schon 40%. Bleiben wir einmal bei dieser Zahl und nehmen sie für bare Münze. Wenn hier noch einige Arbeit an die Schulleitungen delegiert werden könnte, verbleibt vielleicht noch ein Pensum von 20%. Dies käme dann zu demjenigen Gemeinderat, welchem das Ressort Schule zugeteilt worden ist. Dies darf doch wirklich ein Betrag von CHF 20'000 wert sein. Dies entspricht der vom Gemeinderat beantragten Erhöhung des Globalbetrages. Der mit einem Pensum von 80% angestellte Gemeindeammann erhält einen Lohn von CHF 160'000. Ein einzelner Gemeinderat erhält heute eine Entschädigung von CHF 30'000 für 30 Stellenprozente. Wenn er nochmals 20 Stellenprozente übernehmen muss mit dem neuen Ressort, hat er ein Pensum von 50%. Das ist doch ein krasses Ungleichgewicht von der Entschädigung des Gemeindeammanns zur Entschädigung dieses Gemeinderatsmitgliedes. Das geht so natürlich nicht auf. Das wäre unfair. Aber es müssen nicht alle Gemeinderäte mehr erhalten. So wie es die Sprecher der FDP und derjenige der FGPK ausgeführt haben. Die Konzeption sah vor, dass die Gemeinderäte mit dem Geschäftsleitungsmodell weniger Arbeit haben und jetzt sieht es plötzlich anders aus. Also hier stimmt etwas nicht. Wahrscheinlich ist dies so weil sich die Gemeinderatsmitglieder zu viel aufbürden. Einbürgerungsgespräche selbst durchzuführen ist sinnfremd. Das muss der Gemeinderat nicht machen. Bei der Schule muss vielleicht auch vieles einfach delegiert werden. Die Aufgaben sollen den Schulleitungen delegiert werden, es ist ja schön, wenn die etwas mehr bekommen vom Kanton und dass der dies bezahlt. Der Gemeinderat soll sich dies nicht auch noch aufbürden und zusätzlich übernehmen. Einzig derjenige Gemeinderat, welcher mehr Arbeit bekommt dadurch, der soll auch etwas mehr dafür bekommen.

Sax Simon, GLP/EVP: Kurz ein einleitendes Wort von mir persönlich. Dass die Wogen hier so hoch gegangen sind kann ich nicht ganz nachvollziehen. Ich finde die jetzt durchgeführte demokratische Variante gar nicht so schlecht. Man sieht, es gibt viele offene Fragen und man holt Meinungen ab. Was daran so verkehrt sein soll, erschliesst sich mir nicht. Es mag vielleicht nicht vorgesehen gewesen sein, aber grundsätzlich finde ich dies doch eine ganz sinnvolle Variante. Es soll auch zukunftsfruchtig sein. Man kann so zusammen Lösungen finden, zu welchen alle stehen können.

Bezüglich der Fraktionsmeinung können wir uns so ziemlich den Worten von Dieter Stäger, FDP, anschliessen. Ich würde uns auch dort einordnen. Den sehr ausführlichen, aber auch teils unterhaltsamen und bildreichen Ausführungen von Werner Dörig der FGPK. Wir sehen uns in der Gruppe, welche einen Kompromiss eingehen würde. Wir anerkennen absolut das mit den neuen Aufgaben, welche früher die Schulpflege

gemacht hat, mit Sicherheit auch einen Mehraufwand im Gemeinderat entsteht. Für wen wissen wir nicht und aus diesem Grund sind wir auch nicht für die Erhöhung der Sockelbeiträge, sondern für die Erhöhung des Globalbetrages. Das könnten wir uns sehr gut vorstellen. Das neue Geschäftsleitungsmodell wurde vor 3.5 Jahren eingeführt und wir waren doch etwas erstaunt, dass ein Mehraufwand eingetreten ist. Ob der Betrachtungszeitraum schon genügend ist oder nicht haben wir uns auch gefragt. De facto – ich wiederhole es noch einmal – Wissensstand FGPK-Sitzung wären wir für eine Kompromisslösung bereit gewesen. In dem Sinn und Geist wären dies unsere Gedanken, welche wir dem Gemeinderat mit auf den Weg geben.

Arsène Perroud, Gemeindeammann: Ich danke allen für ihre Rückmeldungen, welche wir so gerne entgegennehmen. Gerne laden wir Sie dann ein, um all die offenen Fragen und Unklarheiten zu besprechen, sodass wir zu einem späteren Zeitpunkt mit einer neuen Vorlage, welche hoffentlich auf breitere Zustimmung stossen wird, an den Einwohnerrat gelangen können.

Meyer Meinrad, Präsident: Somit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Leider hatten wir bezüglich der Ordnungsanträge einige Unstimmigkeiten. Ich danke allen für die konstruktive Mitarbeit. Die nächste Sitzung findet am 28. Juni 2021 statt. Voraussichtlich werden wir an dieser Sitzung sehr viele Geschäfte haben. Ich behalte mir deshalb vor, diese Sitzung entweder eine Stunde früher einzuberufen oder auf zwei Abende zu verlegen. Mit Sicherheit wird der Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2020 behandelt werden.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und erkläre die Sitzung für geschlossen.

Für das Protokoll



Meinrad Meyer
Präsident



Michelle Hunziker
Gemeindeschreiber-Stv.